

Das war Not-wehr.

VORWORT

Da sind wir wieder, mit etwas Verspätung aber dann doch gut im neuen Jahr angekommen. Uns hat eine Zuschrift erreicht dass zwei uns zugesandte Texte kommentarlos nicht abgedruckt wurden. Dazu müssen wir feststellen: Sie haben uns scheinbar nicht erreicht, zumindest wissen wir nichts von ihnen. Generell gilt jedoch immer: Wenn uns Beiträge nicht bis zum 20. des Vormonats erreichen, kann es eben passieren das sie nicht in die Ausgabe kommmen und evtl. das nächste Mal schon veraltet sind und deshalb nicht gedruckt werden. Aber wir nehmen gerne die Anregung auf und aktivieren unseren Ordner im Schwarzmarkt wieder. Somit besteht für alle die Möglichkeit, Artikel die nicht ins Heft gefunden haben dort einzusehen.
In dieser Ausgabe findet ihr den Aufruf zur erneuten VV bezüglich der Veränderungen die für die Flora 2011 ins Haus stehen. Immmerhin will jetzt der Bezirk Altona und allen voran Warmke-Rose die Flora zur Senatssache erheben um sich nicht alleine die Finger zu verbrennen.
Wir hoffen also dass die Versammlung gut besucht wird, denn es gibt sicher viel zu tun bis dahin.

Zu der unsäglichen antisemitischen Filmverhinderung der B5 brauchen wir nicht mehr viel sagen - das war echt Grütze- und auch die Versuche im Nachhinein, sich die Weste rein zu waschen, waren ziemlich peinlich! Die Gemüter streiten sich allerdings darüber wie auf den Vorfall adäquat hätte geantwortet werden sollen. Also auch dazu einige Texte.

Außerdem geht's selbstverständlich um die Wache 16 und der meuchelmörderischen neuen RAF, die sich hier im beschaulichen Hamburg formiert um Angst und Schrecken zu verbreiten. Aber Spaß beiseite, das, was dazu in der Presse bis jetzt zu lesen war, war wirklich haarsträubend. Insofern war es längst überfällig, dass ein Text herauskommt, der die ganze Pressehetze beleuchtet. Danke dafür.

So, und hier jetzt noch die Artikel die wegen ihrer Länge nicht den Weg ins Heft gefunden haben, dafür aber im Ordner auf euch warten:
1. Diskussionspapier für einen neuen Aufbruch in die Fröste der Freiheit - auch nachzuschauen unter http://autonomerkongress.blogsport.de/images/diskussionspapier_froestederfreiheit.pdf
2. Gegen Krieg und Krise! - Raus gegen die NATO-Kriegskonferenz 2010! mehr dazu unter: http://www.autistici.org/g8/deu/siko/gegen-krieg-und-krise-/
3. Versuch einer Selbstdefinition der Autonomen auf Grundlage des autonomen Kongresses

Erstmal,
Zeck

Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Art kel auf Datenträgern (CD, Diskette,...) mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. CD's und Disketten können nicht zurückgegeben werden. Artikel im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck g bt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben g bt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. “Zur-Habe-Nahme” ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!).

Eigendruck im Selbstverlag.

"Geschichte wird gemacht, es geht voran" ...

... doch zumindest den zweiten Teil des Zitats bezweifeln wir manchmal selbst.
Dennoch erachten wir unsere Arbeit im Archiv der sozialen Bewegungen als wichtig!
Obwohl das unsere Nutzer_innen genauso sehen, fehlt uns der "Nachwuchs". Und zwar nicht nur um die alltägliche Archivarbeit zu erledigen, sondern auch um unsere festgefahrenen Strukturen zu öffnen.
Unser Anspruch, mit dem Archiv aus der Geschichte zu lernen, bleibt oft nur Anspruch. Dabei haben wir und vielleicht auch ihr Ideen mit all dem Papier was Vernünftiges anzufangen.
Also noch mal deutlich: Wir suchen neue Mitarbeiter_innen! Auf http://asb.nadir.org könnt ihr schon mal virtuell reinschnuppern, und dann kommt gern auf einen Kaffee im realen Archiv vorbei.
Achja: dass ein Archiv, das ehrenamtlich und ohne Fördergelder arbeitet, immer Geld braucht, wollen wir an dieser Stelle auch nicht verschweigen ...

Archiv der sozialen Bewegungen im Dezember 2009

* * * * * * * * * * * * * * * * * * * *

Globale Aktionswoche - Reloaded

Nach dem "Internationalen Aktionstag gegen die Kommerzialisierung von Bildung" [05.11.2008] und der "Reclaim your Education - Global Week of Action" [20 - 29.04.2009] einigten sich Bildungsaktivist_innen in mehreren Ländern auf folgenden Zeitrahmen für eine weitere Globale Aktionswoche in diesem Jahr: 5.Nov.2009 ["Warm-up" Day of united Action] + 9. - 18.Nov.2009.
Die "International Students Movement" ist eine Plattform, welche von Gruppen und Aktivist_innen auf der ganzen Welt, welche sich gegen die fortschreitende Kommerzialisierung und Privatisierung von Bildung einsetzen, genutzt wird, um sich zu vernetzen und gemeinsam Protestaktionen zu koordinieren.
Die Plattform ist unabhängig von jeglichen politischen Parteien, Gewerkschaften oder sonstigen Institutionen. Sie wird von Basisbewegungen dominiert und ist grundsätzlich offen für alle [Studierende, Schüler_innen, Lehrer_innen, Eltern, Arbeiter_innen, usw.].
Die Zwänge, welche die Kommerzialisierung von Bildung begünstigen und fördern [entfesselt durch den globalen Standortwettbewerb]- wie die Kommerzialisierung aller anderen Lebensbereiche auch, sind auf globaler Ebene zu finden. Um dieser Entwicklung effektiv entgegen zu wirken, müssen sich Gruppen, welche für freie und emanzipatorische öffentliche Bildung kämpfen, sich international und global [wenigstens zu einem gewissen Grad] zusammenschließen.

http://emancipating-education-for-all.org

* * * * * * * * * * * * * * * * * * * *

Repression in Serbien

Anfang September 2009 wurden mehrere Personen der Gruppe "Anarchosyndikalistische Initiative" (ASI) aus Belgrad verhaftet. Vorgeworfen wird ihnen "internationaler Terrorismus" in Form eines Angriffs gegen die griechische Botschaft am 24.August 2009 in Belgrad. Die Farbe und Brandspuren im Eingangsbereich der Botschaft stellten einen geringen Sachschaden dar. Es wurden Spuren von zwei Brandsätzen gefunden und ein Bekennerschreiben, das Bezug nimmt auf den Hungerstreik eines griechischen Anarchisten, der seit der Dezemberrevolte inhaftiert war. Das hieraus nun "internationaler Terrorismus" konstruiert wird, das eine der wenigen anarchistischen Gruppen in Serbien als "Schuldige" den Medien präsentiert wird, hat sicher andere Gründe als die angeführte Sachbeschädigung. Sei es aus Angst vor den Revolten in Griechenland, die in anderer Form auch in Serbien vorstellbar wären (dort ist die soziale Situation für viele Menschen nämlich mindestens so von Korruption geprägt und beschissen wie in Griechenland), sei es um eine unliebsame Gruppe einzuschüchtern oder um der Bevölkerung einfach "hartes Durchgreifen" zu präsentieren. Im ersten Durchgang des Verfahren wurden die Gefangenen verurteilt. Wenn dieses Urteil rechtskräftig wird, drohen zwischen 3 und 15 Jahren Haft!
Parallel dazu wurde ein weiteres mal der Belgrad Pride abgesagt, eine Straßenparade von SchwulLesbischBiTranssexuellen, die seit Jahren dafür kämpfen, in Serbien sichtbar sein zu können, und dafür bereit sind Polizeischutz hinnehmen zu müssen um überhaupt eine Chance auf Durchsetzung von einer Parade zu bekommen. Grund für die Absage war "die Sicherheit für die Teilnehmer_innen kann nicht gewährleistet werden", im Klartext: Die Regierung, die Polizei und andere offiziell für den Schutz von Demonstrationsrechten und Schutz vor Diskriminierung Zuständigen haben auf dem Papier Interesse and Allem möglichen, solange EU und andere potentiell gewinnbringende Gruppierungen dies einfordern, aber soweit es geht werden gesellschaftliche Konflikte ausgesessen oder lieber Militaristen, Klerikale und Nationalisten unterstützt. Das gesellschaftliche Klima ist autoritär, patriarchale und rassistische, vor allem antiziganistische, Positionen sind offensiv präsent.
Im Fall der Repression gegen die Anarchosyndikalist_innen hat die serbische Regierung und Justiz offensichtlich Angst, Macht zu verlieren oder ist einfach selbstherrlich, vermutlich beides. Solidarität ist vor allem international notwendig, da linksradikale und anarchistische Strukturen vor Ort kaum vorhanden sind.
FREIHEIT FÜR DIE 6 BELGRADER INHAFTIERTEN!

Internationale Unterstützungsinitiative: http://asi.zsp.net.pl

* * * * * * * * * * * * * * * * * * * *

Broschüre feministische Positionen gegen Militarisierung und Krieg

Stück für Stück hat die Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahrzehnten daran gearbeitet, wieder kriegsfähig zu sein: Von der Wiederbewaffnung bis hin zu kriegerischen Einsätzen wie in Afghanistan.
Täglich wird die Militarisierung der Gesellschaft voran getrieben z.b. mit öffentlichen Gelöbnissen oder mit der Verleihung von Tapferkeitsmedaille oder mit militärischem Look in der Mode. Überall versucht die Bundeswehr inzwischen die Gesellschaft zu durchdringen z.b. an Schulen, Arbeitsämtern und Universitäten.
In rasendem Tempo wird das Land umgestaltet mit Verfassungs- und Grundgesetzänderungen oder dem Ausbau von Autobahnen und Flughäfen für militärische Zwecke.
Die Gründe für eine erneute Angriffsfähigkeit sind die Durchsetzung des ungehinderten Welthandels und die Sicherung von Rohstoffen. Unter dem Vorwand der so genannten Terrorabwehr wird in andere Länder hinein interveniert. Gleichzeitig wird

versucht den Wohlstand in den Industriestaaten durch hochmilitarisierte Grenzanlagen abzuschotten.
Und wie es bei Krieg immer der Fall ist, findet die Militarisierung auf Kosten von sozialen Errungenschaften statt. Denn Krieg zu führen oder führen zu wollen kostet Geld. Dies ist u.a. einer der Gründe, warum Hartz IV eingeführt oder der Abbau der Gesundheitsversorgung voran getrieben wurde und wird. Und ebenfalls wie zu jeder Kriegszeit wird wieder ein kriegerisches Männlichkeitsbild gebraucht: Starke heldenhafte Männer sind erneut gefragt.
Die Angriffe u.a. auf Lesben, Schwule und Transgender nehmen wieder zu. Allgemein lässt sich sagen: Je militarisierter eine Gesellschaft ist, um so sexistischer wird sie.
Krieg ist eine weitere Steigerung davon. Er bedeutet für Frauen und Mädchen die ständige Bedrohung durch sexistische Gewalt, denn Vergewaltigung z.b. gehört zur allgemeinen Kriegsstrategie.
Das alles zeigt, dass Widerstand nötiger denn je ist. Heute gibt es immer mehr Gruppen und Initiativen, die ihren Schwerpunkt auf Widerstand gegen die zunehmende Militarisierung gelegt haben: Das macht uns Mut! Aber wir wollen nicht nur die Abschaffung der Militarisierung sondern ebenfalls und vor allen Dingen die Abschaffung des Patriarchats!
Wir, eine FrauenLesbenGruppe in Hamburg haben zur Zeit genau hier unseren Arbeitsschwerpunkt: Widerstand gegen Militarismus, Militarisierung, Krieg und Patriarchat und unserer Meinung nach gehört dies zusammen. In den meisten Analysen fehlt dieser Zusammenhang und damit auch eine entsprechende Praxis. Wir haben dazu eine Broschüre geschrieben und wollen sie hiermit ankündigen. Wir wünschen uns, dass sie von vielen gelesen wird und werden sie an verschiedenen Orten in Hamburg auslegen wie z.B. im Buchladen, im Schwarzmarkt u.a. Ausserdem werden wir sie im Internet veröffentlichen z.B. auf Indymedia oder ihr wendet euch direkt an uns: flut@nadir.org
Wir wünschen uns Anregungen, Kritik und konstruktive Auseinandersetzungen mit anderen feministischen Gruppen.
Lasst uns uns organisieren: Für eine neue, freie, lustvolle, gerechte, soziale und solidarische Gesellschaft!

Gruppe Amiga

****

Oury Jalloh, vor fünf Jahren verbrannt in einer Polizeizelle - Verfahren wird neu aufgerollt

Am 07. Januar 2010 jährte sich der Todestag des Asylbewerbers Oury Jalloh, der qualvoll in einer Gewahrsamszelle des Dessauer Polizeireviers verstarb, zum fünften Mal.
Der aus Sierra Leone stammende Oury Jalloh ist in den Morgenstunden des 07. Januar 2005 im Dessauer Stadtgebiet von der Polizei aufgegriffen worden, weil er alkoholisiert Frauen belästigt haben soll als er diese nach einem Handy gefragt habe. Wenige Stunden später verstarb Jalloh an den Folgen eines Hitzeschocks, nachdem in der gefliesten Polizeizelle in der er an Händen und Füßen gefesselt auf einer feuerfesten Matratze lag ein Feuer ausbrach. Mehr als zwei Jahre später ist im März 2007 vor dem Dessau-Roßlauer Landgericht zu dem Todesfall erst der Prozess eröffnet worden.
Begleitet von vielfachem Protest und teils internationaler medialer Resonanz musste das Gericht im Verlauf der insgesamt 59 Verhandlungstage feststellen, "Polizeibeamte, die in einem besonderen Maße dem Rechtsstaat verpflichtet waren, haben eine Aufklärung verunmöglicht." "Es ist schon erschreckend, in welchen Maße hier schlicht und ergreifend falsch ausgesagt wurde", konstatierte der vorsitzende Richter Manfred Steinhoff in der Urteilsbegründung am 08. Dezember 2008 und stellte klar: "Ein richtiges Verfahren, mit Erkenntnissen und mit einem Urteil war das nicht." Zudem sei "der weitere Verlauf der Ermittlungen … durch Pleiten, Pech, Pannen und Unvermögen gekennzeichnet" gewesen.
Der angeklagte Dienstgruppenleiter Andreas S., der den Feueralarm im Polizeirevier am 07. Januar 2005 ignoriert haben soll und der Polizeibeamte Hans-Ulrich M., der ein Feuerzeug bei der Durchsuchung von Oury Jalloh übersehen haben soll, wurden in diesem Verfahren freigesprochen, was derzeit für Tumulte im Gerichtssaal sorgte.
Mehrere Initiativen kritisierten vehement, dass das Gericht und die Staatsanwaltschaft in diesem Verfahren ausschließlich der These folgten, dass Oury Jalloh die Matratze auf der er lag selbst entzündet haben soll. Durch die Nebenklage wurde im Verfahren mehrfach diskriminierendes Verhalten von Ämtern und Polizeibeamten gegenüber Migranten und anderen Randgruppen in der Gesellschaft thematisiert.
Sowohl Staatsanwaltschaft als auch die Nebenklage legten nach der Verhandlung Revision gegen das Urteil ein. Am 16. Dezember 2009 verkündete der Vorsitzende Tepperwien am Bundesgerichtshof in Karlsruhe, dass er deutliche Zweifel am Freispruch eines der beiden Polizisten habe. Am 07. Januar 2010 entschied der BGH, dass das Verfahren neu aufgerollt werden muss.

aus Indymedia

****

Silvester vorm Knast in Hamburg

Auch in Hamburg gab es dieses Jahr wieder Menschen die solidarisch mit den Gefangenen ins neue Jahr gehen wollten.
Am frühen Abend fand in den Wallanlagen an der Rückseite des U-Haft Knastes Holstenglacis eine unangemeldete Kundgebung vor dem Frauentrakt statt.
Ca. 20 Menschen zeigten den Gefangenen mit einem Redebeitrag, Parolen und Feuerwerk, dass sie nicht alleine sind. Die Gefangenen erwiderten die Kundgebung mit Parolen und Grüßen.
Um 23 Uhr dann fanden sich ca. 250 Menschen vor dem U-Haft Knast Holstenglacis ein. Die TeilnehmerInnen des Juks (Jugend-Umwelt-Kongress) der in Elmshorn stattfand kamen als Spontandemo an der Kundgebung an. Es herrschte ausgelassene, kämpferische Stimmung. Redebeiträge wurden in deutsch, russisch und türkisch gehalten außerdem gab es viel Musik.
Im Laufe der Kundgebung wurde das Außentor zur Knastmauer geöffnet und diese mit Parolen beschrieben (unter anderem "Feuer und Flamme für diesen Staat! (A)").
Die gesamte Dauer der Kundgebung wurde Feuerwerk auf die seit diesem Vorfall vor der Knastmauer postierten Bullen geworfen. Eine Festnahme konnte verhindert werden.
Reaktionen und Kontakt mit den Gefangenen gab es viel. Parolen,Rufe außerdem wurde Papier verbrannt und aus den Fenstern geworfen.
Einige TeilnehmerInnen der Kundgebung befestigten Transparente hoch an Straßenlaternen und Bäumen, so das die Gefangenen sie sehen konnten. Auf einem Hochtransparent war "Solidarität mit allen kämpfenden Gefangenen!" zu lesen.
Um 1 Uhr wurde die Kundgebung beendet und die letzten Menschen verließen den Ort geschlossen und Parolen rufend.
Alles in allem ein guter Start in ein kämpferisches 2010!

einige Menschen aus dem Vorbereitungskreis
(Quelle: indymedia, 03.01.2010)

****

Repression und Widerstand zum Klimagipfel in Kopenhagen

Am Donnerstag, den 17.Dezember fand eine Demo in Solidarität mit dem Widerstand gegen den sog. "Klimagipfel" in Kopenhagen (COP15) in Hamburg statt. Spätestens seit dem Samstag zuvor war klar,



wie sich die dänische Polizei und ihre Befehlsgeber den Umgang mit Protest vorstellen: Mit Masseningewahrsamnahmen, Einschüchterung und "präventivem" Protestverbot. In Kopenhagen hielt die massive Polizeigewalt seit Tagen an, es gab jeden Tag wieder die gleichen Bilder polizeistaatlicher Maßnahmen in den Medien und einige Menschen befinden sich in Untersuchungshaft. Der Gipfel ist vorbei, unsere Solidarität braucht einen längeren Atem! Lasst die Gefangenen nicht allein, bleibt am Ball!

Die Solidemo heute in Hamburg war ein Teil davon aber dabei wird es nicht stehenbleiben. Vom Unigelände zum dänischen Konsulat bewegte sich ein lautstarker Demozug von 200 Menschen mit Transpis, Böllern und Flugblättern.

In Kiel gab es laut Medien Montagmorgen, am 14. einen Anschlag auf das dänische Konsulat mit Steinen. In den Kieler Nachrichten heißt es: "In einem Bekennerschreiben, das KN-online vorliegt, bekunden der oder die Täter Sympathie mit den Demonstranten beim Klimagipfel in Kopenhagen und kritisieren die Vorgehensweise der dänischen Polizei." Zusätzlich ist für den 21.Dezember eine Solidemo in Kiel angekündigt.

Am Abend des 16.12 versammelten sich etwa 40 Jugendliche am schneverdinger Bahnhof, um mit einer spontanen Demonstration unter dem Motto "Schneverdingen grüßt Kopenhagen - Hoch die internationale Solidarität!", auf die Geschehnisse rund um den UN-Klimagipfel "Cop15" in Kopenhagen aufmerksam zu machen.

In Berlin wurden am Di., den 15.12 mit einem Flashmob-Straßentheater die Massenfestnahmen während der Proteste in Kopenhagen thematisiert. Ca. 30 Personen spielten vor staunenden Zuschauerinnen und verprügelten sich gegenseitig mit Papptonfas, nahmen sich fest und schickanierten sich selbst.

In London gab es mehrere Tage lang Kundgebungen, Demonstrationen und Aktionen. Am 14.Dezember versammelten sich Demonstrant_innen vor dem "Kanada Haus" am Trafalgar Square um gegen die Verschmutzung durch Ölförderung in Kanada zu protestieren. Am Donnerstag gab es eine Solikundgebung vor dem dänischen Konsulat in London, am Freitag wurde eine Aktion an einer Eisbären-Statue in London durchgeführt in Solidarität mit den kriminalisierten Teilnehmer_innen des Gipfels in Kopenhagen.

In Nottingham wurde die Frontscheibe einer Pferdewettannahmestelle in einem Einkaufszentrum während der Öffnungszeiten von Leuten aus dem Umfeld der ELF (earth liberation front) und ALF (animal liberation front) entglast. Die Anarchist_innen schrieben hierzu, das ihre Solidarität den von Repression betroffenen Aktivist_innen in Kopenhagen gilt und den leidenden Tieren durch Pferdesport-Wetten.

In den USA wurde den dänischen Konsulaten in San Francisco und Pittsburgh ein Besuch abgestattet, Aktionen und Demos gegen die Repression durchgeführt und ein Kentucky Fried Chicken in Pittsburgh wurde entglast.

weitere Infos zu den Protesten und den Ereignissen rund um Kopenhagen: www.gipfelsoli.org



****

Pressemitteilung zum Polizeieinsatz vor und in dem Ahoi - Bernhard Nocht Strasse am 04./05.12.2009

Die in der Presse vorherrschende Darstelllung der Ereignisse von Freitag Nacht stellt eine völlige Verdrehung der Tatsachen dar.

Die Polizei hat sich mit der fadenscheinigen Begründung der Strafverfolgung brutal den Weg in die Räume freigeprügelt und damit für die Eskalation der Ereignisse gesorgt.

In dem Vereinsraum "Ahoi" wurde gegen 0:45 Uhr eine Gruppe von ca. 15 Personen einer weiteren Person gegenüber handgreiflich . Das zunächst harmlos erscheinende Handgemenge entwickelte sich im weiteren Verlauf zu einer heftigen Rangelei. Die Situation wurde zunehmend unübersichtlich und stellte sich den Kollektivmitglieder_innen und Gästen als "Wirtshausschlägerei" dar. Sie versuchten deeskalierend einzuwirken und drängten die Gruppe aus den Räumen. Erst jetzt stellte sich durch Anwesenheit uniformierter Polizisten heraus, dass die Gruppe aus Zivilpolizisten bestand.

Nach wenigen Minuten stürmten zahlreiche Streifenpolizisten und Bereitschaftspolizisten in die Situation vor dem Ahoi. Dabei wurden herum stehende Personen wahllos niedergeprügelt, eine Scheibe eingeschlagen und die Polizisten verschafften sich Zugang zum Ahoi. Nach einer Festnahme rückte die Polizei unter massivem Einsatz von Pfefferspray ab.

Insgesamt kam es zu mehreren Ingewahrsamnahmen und Festnahmen, sowie etlichen Verletzten durch Schlagstock- und Pfeffersprayeinsatz unter den Gästen.

Wir werten dies als hemdsärmligen Racheversuch der Polizei für den als Schmach empfunden Vorfall an der Lerchenwache 24 Stunden zuvor. Parallelen zum Überfall auf das Jolly Roger drängen sich auf, wo grundlos das Lokal mit Pfefferspray vollgepumpt und einem Unbeteiligten die Zähne ausgeschlagen wurde.

Solche Provokationen des Staatsapparates dienen als Rechtfertigung für die Verschärfung von Repressionsmaßnahmen, wie sie zuletzt bei der Innenministerkonferenz beschlossen worden waren. Wir bewerten diesen Angriff der Polizei als gezieltes Vorgehen gegen alternative Projekte generell.

das Ahoikollektiv

****

Demo-Info

Bambule Demo, 28.11.09
Unter dem Motto "Das ist Hamburg, das ist unsere Stadt..." demonstrierten rund 1500 Leute für die die Erhaltung und Schaffung alternativer Wohn- und Kulturprojekte. 7 Jahre nach der Räumung des Wagenplatzes Bambule haben dessen Bewohner_innen bis heute keinen Ersatzplatz. Mit rund 30 Wohnmobilen, Treckern und einem alten Wasserwerfer zog die Demo von der Vorwerkstr. ins Gängeviertel.
In der Nacht zuvor wurde bereits ein Haus in der Marktstrasse besetzt, was jedoch am Abend der Demo geräumt wurde.



Recht auf Stadt Parade - 18.12.2009
Aufgerufen hatten rund 120 Gruppen. Mehr als 4000 waren dem Aufruf gefolgt und trafen sich bei klirrender Kälte (-8 C) an der Moorweide um die Paradewagen herum. Dabei stand die Demo unter keinem guten Stern. Aufgrund einer ominösen Gefahrenlage wurde die eigentliche Route durch die Innenstadt verwehrt und eine höchst unattraktive, menschenleere Route zugeteilt. Ob es schlau war diese anzunehmen sei hier dahingestellt. Während der Großteil des Umzug weitgehend spalierfrei laufen konnte, widmete sich die Team Green vorwiegend dem Antirepressionsblock mit rund 350 Teilnehmer_innen. Trotz aller Widrigkeiten war die Parade recht kraftvoll.



* * * * * * * * * * * * * * * * * * * *

Wenn auch du …

… Interesse hast, dich aktiv gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus einzusetzen, kannst du jeden zweiten Dienstag um 18:30 Uhr im Infoladen Schwarzmarkt vorbeikommen! Dann findet das offene Jugendplenum [ahoj] statt, bei dem wir gemeinsam sowohl theoretisch als auch praktisch etwas gegen die herrschenden Verhältnisse unternehmen wollen.
Infoladen Schwarzmarkt, Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

ahoj.blogsport.de
ahoj@riseup.net

* * * * * * * * * * * * * * * * * * * *

Kein Nazi-Aufmarsch am 13.02.2010 in Dresden

In den vergangenen Jahren hat es immer Proteste gegen den Naziaufmarsch in Dresden gegeben. Trotzdem konnte es bislang nicht gelingen, dem Naziaufmarsch wirksam etwas entgegen zu setzen. Im letzten Jahr beteiligten sich 4000 AntifaschistInnen an einer Demonstration unter dem Motto „No pasarán!“. Doch auch hier zeigte sich, dass Polizei und Ordnungsbehörde alles daran setzen, linken antifaschistischen Protest zu verhindern und abzudrängen.
Dem setzen wir 2010 unseren vielfältigen Widerstand entgegen. Es ist gerade eine solche Vielfalt an Aktionsformen – nicht gegen-, sondern miteinander –, die gegen den Aufmarsch etwas ausrichten kann. Dafür brauchen wir ein starkes breites Bündnis all derer, die mit uns zusammen den Naziaufmarsch in Dresden blockieren!

mehr unter: www.no-pasaran.mob

Achtet auf lokale Infoveranstaltungen ...*i*

* * * * * * * * * * * * * * * * * * * *

16.01.2010 Naziaufmarsch in Magdeburg verhindern

Am 16. Januar 2010 jährt sich zum 65. mal die Bombardierung Magdeburgs, durch die Alliierten im zweiten Weltkrieg.
Wie in den letzten Jahren rufen Neonazis zu einem "Trauermarsch" auf, um ihren Geschichtsrevisionismus zu verbreiten.
Dem gilt es entgegenzutreten und den Aufmarsch zu verhindern.
Der jährliche Aufmarsch im Januar stellt den Höhepunkt der lokalen Naziszene dar. Aber nicht nur die Faschisten betreiben Geschichtsrevisionismus, auch die offizielle deutsche Geschichtsaufarbeitung sieht zum Teil nicht anders aus als die der Neonazis. So gleichen die "Trauerreden" bei den Veranstaltungen der bürgerlichen Mitte und lokalen Stadtregierungen oft denen der extremen Rechten.
Auch die bürgerliche Presse trägt dazu bei, dass rechte Gewalt verharmlost bzw. verschwiegen wird.
Traurige Höhepunkte neonazistischer Gewalt in Magdeburg sind Ereignisse wie der Überfall auf die Elbterrassen 1992, wobei Torsten Lamprecht ermordet wurde. Durch verschiedene andere Übergriffe kamen Menschen wie Farid Boukhit (1994), Frank Böttcher (1997) und Rick Langenstein (16. August 2008) ums Leben. Desweiteren sind die Himmelfahrtskrawalle (12. Mai 1994) zu erwähnen, bei denen unter anderem eine Gruppe Schwarzafrikaner stundenlang durch die Innenstadt gejagt wurde.
Bei den diesjährigen Kommunalwahlen schaffte es die NPD auch in Magdeburger Stadtrat, somit sitzt mit Matthias Gärthner einer der führenden neonazistischen Aktivisten im Magdeburger Stadtparlament.

Wir werden am 16. Januar in Magdeburg eine kraftvolle und kämpferische Demo, sowie dezentrale Aktionen durchführen um den Nazi-Aufmarsch zu verhindern.

Weitere Informationen:
http://autonomer-widerstand.org
http://16januarmagdeburg.blogsport.de



Erklärung der Roten Flora vom 04.11.09 zur aktuellen Diskussion um Kretschmer

Die Rote Flora ist seit November 1989 bis heute besetzt. Sie ist ein aktiv gestalteter nicht kommerzieller Raum, Treffpunkt zahlreicher Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen der radikalen Linken und ein wichtiger Ort politischer Gegenöffentlichkeit.
Das Projekt hat sich in den letzten 20 Jahren in verschiedensten Politikfeldern engagiert wie u.a. der Frage von Stadtteilentwicklung und Gentrification, gegen die Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes, gegen das Kontroll- und Ausschlussregime neoliberaler Sicherheitspolitik, der Auseinandersetzung um Globalisierung und Diskussion um eigene politische Inhalte und Organisierungen. Daran hat der Verkauf im März 2001 - der damals ohne unser Wissen und Zutun vollzogen wurde - durch die Stadt an Klausmartin Kretschmer nichts geändert.
Der Fortbestand der Roten Flora hängt wie in den letzten 20 Jahren allein von dem Engagement der Nutzer_innen und aller anderen Gruppen bzw. Menschen ab, die sich (kritisch-)solidarisch dem Haus verbunden fühlen.
Wir haben Kretschmer vor knapp 9 Jahren weder darum gebeten, die Flora zu kaufen, noch sind wir an seinen Ansichten zu politischen Inhalten und zur Arbeit der Roten Flora auch nur im geringsten interessiert. Kretschmer fehlt jede politische Legitimität, sich im Zusammenhang mit der Existenz der Roten Flora anzumaßen, über unsere Zukunft zu entscheiden. Kretschmer ist kein Gesprächspartner für uns. Er ist nicht der liberale und uneigennützige "Kulturinvestor", der er zu sein vorgibt. Er verdient sein Geld mit Immobilien - aber er wird wie jeder andere auch keinen Cent mit der Roten Flora verdienen!
Wir werden jeden Versuch Kretschmers, das Projekt Rote Flora anzugreifen oder gar beenden zu wollen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln politisch und praktisch verhindern.
Kretschmer hat über die möglichen Folgen einer "brennenden Flora" nach einer Räumung für Hamburg herum phantasiert - wir empfehlen ihm dringend, sich für diesen Fall auch Gedanken über den unversehrten Fortbestand seiner eigenen Projekte zu machen.

Rote Flora bleibt!



Widerstand und Perspektiven der Roten Flora

UNVERTRÄGLICH GLÜCKLICH!

Diskussionspapier zur Vollversammlung, Mittwoch 13.01.2010 um 19 Uhr in der Flora

In den letzten Monaten zeichnet sich in immer stärkerem Maße ein möglicherweise bevorstehender Angriff auf die Rote Flora ab. Dies kommt für uns nicht überraschend, sondern ist u.a. eingebunden in die fortgeschrittene Umstrukturierung und Gentrifizierung des Schanzenviertels. Wir haben weder Angst noch Panik vor einer Bedrohung der Roten Flora. Wir sehen darin vielmehr die Möglichkeit für eine Neubestimmung stadtpolitischer Kämpfe im Floraumfeld und die Chance für die Entwicklung einer breiten Protestbewegung.

Phäntomenale Zustände

Die Ursprünge der Roten Flora liegen in der Verhinderung des Musicalprojektes "Phantom der Oper" im Schanzenviertel. Nach dem weitgehenden Abriss des ursprünglichen Flora-Theaters wurde die zerstörte Bauruine 1989 als Stadtteilkulturzentrum besetzt. Anschließende Vertragsverhandlungen wurden Anfang der Neunziger Jahre von Seiten der Stadt ohne Ergebnis abgebrochen. Im Jahr 1995 zerstörte ein Großbrand das Dachgeschoss und den gesamten ersten Stock. Mit großem Aufwand wurden diese massiven Schäden anschließend behoben. Als die Stadt 2001 erneute Verhandlungen anbot, wurden diese nach einer mehrmonatigen Diskussion rund um das Projekt abgelehnt. Einerseits wurde festgestellt, dass es ohne das Engagement der Nutzer_innen die Substanz des Hauses längst nicht mehr gäbe, andererseits sah man die gewachsene kulturelle und politische Praxis durch vertragliche Regelungen und Gängelungen bedroht.

"Theres not enough room to swing a cat"
Roberto Benini in "Down by law" beim Betreten einer Gefängniszelle

Dabei ging es vor allem auch um ein politisches Symbol der Verweigerung in Zeiten, in denen repressive Mitwirkungspflichten und die städtische Vertreibungspolitik eskalierten. Wer hier lebt, hat sich auch an die Regeln zu halten, lautet bis heute die Devise. Die sollen irgendwo in der Mitte der Gesellschaft verborgen sein. Einem Ort an

dem sich niemand wirklich befindet, der lediglich eine totalitäre Verdichtung des Lebens und der Menschen auf einen Punkt bedeutet. Es kann allerdings sehr einfach und befreiend sein, "Nein" zu sagen und seine Energien statt in überflüssige Verhandlungen, in konstruktive Dinge wie die Organisierung von Protest, Veranstaltungen oder Konzerte zu lenken. Da eine Räumung dem Senat zu dieser Zeit als politisch nicht durchsetzbar schien, wurde nach der Ablehnung von Vertragsverhandlungen, um sich aus der Affaire zu ziehen, das Gebäude aus städtischem Besitz an einen privaten Investor verkauft. Investor Kretschmer wurden gleichzeitig bis März 2011 zahlreiche Auflagen erteilt, das Gebäude keiner anderen Nutzung als der eines Stdatteilzentrums zuzuführen und mögliche Gewinne eines Verkaufs der Stadt zurück zu erstatten. Trat dieser anfangs mit der üblichen gönnerhaften Haltung eines Kunst- und Kulturmäzens in Erscheinung, änderte sich dieses Auftreten, je näher die magische Linie von 2011 rückte. Inzwischen formuliert er ganz offen seine Absicht, auf den Betrieb des Hauses Einfluss nehmen zu wollen, bringt sich und seine Vorstellungen zur Flora in der Presse ins Gespräch und versucht, die Praxis des Zentrums als gescheitert darzustellen. Aber Kretschmer hat in Wirklichkeit weder etwas zur Roten Flora noch sonst etwas zur politischen Diskussion beizutragen.

Er ist lediglich ein vom Senat eingesetzter Märchenprinz als virtueller Besitzer eines Luftschlosses: Einer Flora, die nicht mehr kollektiv besetzt und autonomer Veranstaltungsort, sondern befriedetes Eigentum sein soll. Ebensogut könnte man die Elbe und das schlechte Wetter an einen privaten Investor verkaufen. Das Haus ist seit vielen Jahren ein Ort der Kommunikation und wird von mehreren hundert Menschen als Zentrum genutzt. Der Investor ist weder Regenmacher noch Besitzer der Roten Flora. Er kennt das Projekt lediglich aus der Zeitung und hat dort seit 10 Jahren "Hausverbot". Zu keinem Zeitpunkt wurde irgendeine Form von Gespräch geführt. Jedenfalls wenn man seinen kurze Zeit nach dem Kauf abgebrannten PKW nicht als nonverbale Kommunikation zählt.

Für einen gesellschaftlichen Begriff der Stadt und der Verhältnisse!

Die Flora vertrat von Anfang an die Position, dass sich mit dem Verkauf des Hauses nichts am Status Quo geändert hat. Das Gebäude blieb besetzt und der Konflikt wurde nach wie vor als einer um das Verständnis von Gesellschaft und Stadt betrachtet. Privatisierungen und der Rückgrif auf privatwirtschaftliche Standortinteressen gelten als stadtentwicklungspolitische Allzweckwaffe, um sich gesellschaftlicher Verantwortung und Begriffen von Teilhabe und Kollektivität zu entziehen. Der Ursprung des Konfliktes um die Rote Flora ist kein isoliertes Ereignis, sondern die Folge einer von vielen erfahrenen strukturellen Gewalt, mit der die Städte durchökonomisiert, zu anschlussfähigen Produktions- und Konsumräumen für Marktinteressen werden. Die Vertreibung von Drogenkonsument_innen und ärmeren Bevölkerungsschichten geht damit ebenso einher wie die Kontrolle und Überwachung des öffentlichen Raumes.

Die Flora ist entstanden im politischen Widerspruch zu Standortinteressen. Sie ist in ungewollter Form selbst zu einem kreativen Standortfaktor geworden und wurde im Laufe der Zeit von dieser Entwicklung wieder überholt und zum Störfaktor. Sie gehört heute zur Marke, dem gefühlten Flair des Stadtteils und wird von Investoren und Stadtplaner_innen gleichzeitig als "Fremdkörper" beschrieben. Dieses ambivalente Verhältnis, eine Mischung aus Tourismusmagnet, heimlicher Affaire der Handelskammer und Hassobjekt bürgerlicher Gesellschaftsvorstellungen zu sein, prägt die Rolle der Flora. Es wurde vom Projekt dabei nicht auf eine selbstintegrative Karte oder das Wohl des Standortes gesetzt.

Im Rahmen der Drogenverbotspolitik und polizeilichen Vertreibungen wurde bewusst eine Haltung entgegen ökonomischer Interessen oder Forderungen etablierter Anwohner_innen eingenommen. Wurde Ende der Neunziger das Projekt von vielen Anwohner_innen aufgrund dieser Haltung eher kritisch gesehen, so hat sich dieses Bild nach der Einverleibung des Stadtteils durch den Bezirk Altona und einer sich weiterdrehenden Gentrifizierung schlagartig geändert. Die Flora wird derzeit vor allem als positiver Bezugsfaktor für Kämpfe von Anwohner_innen gegen Mietsteigerung, Vertreibung oder die Verschlechterung der Lebensverhältnisse durch die städtische Politik empfunden. Wir sehen das Projekt daher weder isoliert noch als ungebrochenen Teil des Stadtteils. Wir sind uns jedoch einer breiten Solidarität im Falle einer Räumung sicher und fühlen uns gerade aufgrund unserer ebenso ambivalenten und untaktisch ehrlichen wie notwendigen Positionierungen gut aufgestellt.

Das Schanzenviertel ist für uns kein homogener Ort eindeutiger Interessen, die Flora deshalb auch kein Ausdruck der gesellschaftlichen Schnittmenge im Stadtteil oder gar der Mehrheitsinteressen im Bezirk. Dies ist auch gar nicht unser Anspruch! Das Themenfeld der Stadt ist größer, als die Schanze und die daran anknüpfenden Fragen stellen sich globaler, als sie im lokalen aufzulösen wären. Für uns bedeutet Stadtteilpolitik eine parteiliche Bezugnahme und Intervention für gesellschaftliche Gruppen, die im öffentlichen Diskurs abgehängt werden und gegen die Bedingungen vor Ort, die dies begünstigen! Einen "Viertelpatriotismus" als kleingesägte Form eines Standortnationalismus lehnen wir dabei als Teil einer Figur ab, die lediglich neue ideologische Munition für Vertreibung und Ausgrenzung liefert. Für uns gilt es stattdessen, die Widersprüche um uns herum über limitierende Begriffe hinaus in Szene zu setzen und zu thematisieren. Sich zu vernetzen und punktuelle Auseinandersetzungen um den öffentlichen Raum möglich zu machen. Nicht die vermeintliche Unveränderbarkeit der Verhältnisse zum Ausgangspunkt unseres Blickwinkels werden zu lassen, sondern unser Bedürfnis nach radikaler Veränderung. Eine Perspektive für eine grundsätzliche Infragestellung des Systems gesellschaftlicher Werte und Normen.

Pick up your fights!

Die Verweigerung eines Standortwettbewerbs, die Ablehnung der Reduzierung der Stadt als Verhältnis kapitalistischer Konkurrenz zu anderen Metropolen und Regionen ist für uns ein zentraler Ansatz für eine Kampagne, an die auch andere Projekte von St. Pauli Süd über Berlin nach Kopenhagen und Barcelona mit eigenständigen Inhalten anknüpfen können. Eine Fokussierung auf den Investor entpolitisiert den Konflikt zur privatwirtschaftlichen Auseinandersetzung. Stattdessen gilt es, die Thematik Stadt, Stadtteil, Vertreibung und die Frage, wie leben wir hier, ins Zentrum zu rücken. Scheißegal, ob Kretschmer formaler Besitzer der Flora ist, wir sehen uns in einem politischen Konflikt mit dem Senat und stellen die Frage nach dem Gesellschaftsbegriff. Stadt bedeutet für uns Plätze für Menschen auf der Straße, Orte der Heimlichkeit und des Versteckspiels. Hafenstädte waren schon immer Orte der Durchreise, Menschen die ankommen, auf dem Weg sind, untertauchen und wieder auftauchen. Wir wollen keine überwachte und regulierte Topographie der Stadt, in der dies alles nicht mehr möglich ist.

Wie entsteht Bewegung?!

Die Rote Flora steht für mehr als die Mauern und Steine oder die Gruppen aus dem Haus. Mit der VV wollen wir daher allen, die sich als Umfeld verstehen oder sich positiv auf das Projekt beziehen, die Möglichkeit schaffen, sich zu einem frühen Zeitpunkt an der politischen Auseinandersetzung um das Gebäude zu beteiligen und einzubringen.

Die Flora ist von ihrem Selbstverständnis ein autonomes und linksradikales Zentrum, versteht sich aber auch als spektrumübergreifendes Projekt, das von und durch die politischen Bewegungen um sie herum gefüllt wird. Der Kampf um die Flora kann deshalb nicht isoliert auf diese oder als symbolischer Konflikt um das Gebäude als Institution geführt werden. Stattdessen ist es notwendig, die Bedrohung als politische Chance zu verstehen, die Diskurse um Stadt und Gesellschaft zuzuspitzen. Es geht uns nicht darum, das Gebäude als "Mahnmal" autonomer Politik und Geschichte zu erhalten oder als reines Veranstaltungszentrum, sondern als lebendigen Motor von kultureller Verunsicherung, Protest, Kritik und unterschiedlichen Widerstandsformen. Wenn wir die Flora im Hinblick auf 2011 verteidigen wollen, dann müssen wir jetzt damit beginnen! Nicht erst wenn die Polizei vor der Tür steht, ist der Moment gekommen, das Projekt mit seinem gesamten physischen Gewicht in die Wagschale der Konfrontation um den städtischen Raum zu werfen. Internationale Vernetzung, die Erfahrungen von besetzten Projekten in anderen Ländern und Städten ist dabei ebenso wichtig wie aktuelle Bewegungsmomente vor Ort. Wir wollen uns nicht auf die Ausgangspunkte der eigenen vier Wände und Befindlichkeiten, der Situation im Stadtteil, der Stadt oder BRD beschränken, sondern einen gesellschaftlichen Blick und Anknüpfungspunkte über diese Grenzen hinaus entwickeln. Die Entwicklung von Kritik an einer neoliberalen und autoritären Formierung in Europa bietet politische Zielsetzungen für grenzüberschreitende Widerstandsperspektiven.

Dies alles ist kein widerspruchsfreier Raum. Das Gängeviertel steht für eine andere inhaltliche Praxis als die Mobilisierung gegen das Bernhard-Nocht-Quartier, die Rote Flora tickt anders als das Gartenkunstnetz zwei Straßen weiter. Alles andere würde auch kaum unseren unterschiedlichen Ausgangspunkten oder auch den abweichenden Identitäten um das Projekt selbst entsprechen. Die Flora und ihr Umfeld sind kein "wir", sondern eher eine Vielzahl unterschiedlicher Identitäten. Dennoch überschneiden sich politische Vorstellungen, treffen wir uns auf Demos und sind gemeinsam von den sich wechselnden Konzepten der wachsenden, kreativen oder einer sonst wie gemanagten Stadt betroffen.

Ein solidarischer Umgang stellt nicht die eigene Situation in den Vordergrund, sondern das Verhältnis, das Begehren und den Wunsch nach Aneignung. Es ist nicht entscheidend, ob ein Projekt oder Zentrum Verträge hat, Miete bezahlt oder städtische Gelder erhält, sondern wie es sich positioniert. Es gibt Überschneidungen vom Kampf um die Flora, zu Obdachlosen oder Drogenkonsumentinnen, die Räume brauchen, zu den Migrant_innen, die illegalisiert hier leben und Jugendlichen, die überall stören, wo sie nicht konsumieren. Solche Bezüge reichen über die Stadt hinaus zu anderen Orten und über Grenzen hinweg. Wer in Köln, Erfurt, Berlin, Kopenhagen, Barcelona oder Rio de Janeiro um ein Haus kämpft, wird vermutlich eine andere Ausgangssituation haben. Aber die Kritik an einer Verwertbarkeit des öffentlichen Raumes, der Kampf um Anwesenheit und Sichtbarkeit in der Gesellschaft, die Legitimität hier zu sein, auch ohne die Norm zu erfüllen, teilen wir als Kern unserer Unruhe.



Wie entwickelt sich Widerstand?

Die Geschichte der Flora ist geprägt von praktischen Interventionen und auch ein Kampf um deren Erhalt wird solche Formen annehmen. Die militante Verteidigung wird z.B. ein wesentlicher Aspekt unmittelbar vor und nach einer Räumung sein. Dies wird, wie auch andere Formen der Solidarität, kein Selbstläufer sein, sondern muss sich jenseits von Verbalradikalität entwikkeln. Die Erfahrungen dafür lassen sich aus der Praxis aktueller Kämpfe von anderen Projekten oder Politikfeldern ziehen. Allen muss klar sein: Die Räumung der Roten Flora kann nicht militant verhindert werden, sondern lediglich politisch! Wir werden eine "militärische" Auseinandersetzung immer verlieren. Unser Kampf bleibt ein symbolischer, ist der Versuch den Preis hochzutreiben und Widersprüche angreifbar und damit greifbar zu machen.

Wer über die Organisierung von Aktionen, Demos oder Straßenschlachtszenarien die politische Bestimmung außer Acht lässt, entwaffnet sich als Bewegung selbst. Kritik ist die Grundlage jeder Praxis. Inhalte und eine Vorstellung von Gesellschaft müssen Gradmesser über Sinn und Unsinn von z.B. militanten Aktionen sein. Energie gilt es in Bezug auf die Flora derzeit deshalb nicht in unbestimmten Aktionismus zu stecken, sondern in Kommunikation, überregionale und lokale Vernetzung, Diskussion und Step-by-Step praktische Intervention in bestehende Kämpfe.

Militanz bedeutet nicht den Stein der Weisen zu entdecken, sondern sich selbst mit dem Gewicht des Diskurses und der eigenen Unsicherheit in die Auseinandersetzung zu werfen. Militanz ist clever, erfindet sich neu und ist besser nicht dort anzutreffen, wo man sie erwartet. Sie trägt nicht nur schwarze Kapuzenjacken, sondern auch mal Anzug und Krawatte, um an verbotene Orte zu kommen oder einfach nur umsonst zu essen beim Buffet im Luxushotel. Militanz spiegelt sich in Parolen, Farben und Plakaten von den Wänden, bricht Türen auf und besetzt Häuser. Scherben, so heißt es, bringen Glück und nach jenem war schließlich auch schon Herr Rossi auf der Suche.

Wer Militanz stattdessen zum Feuerschein reduziert und als solchen fetischisiert, statt Brennpunkte politischer Intervention zu setzen, richtet sich in der heimeligen Lagerfeuerromantik einer Identitätspolitik ein, die das Gegenteil von Bewegung meint. Wer Militanz zur heiligen Kuh erklärt und meterweit vor sich herträgt, hat weder die Hände frei zum Werfen noch den Blick frei auf die Verhältnisse.

Eckpunkte einer Kampagne?!

Uns interessiert, wo wir Bedingungen und Verknüpfungen für die Möglichkeit politischer Interventionen herstellen können. Der Kampf gegen Sexismus, Antisemitismus, Rassismus oder Nationalismus, das selbstkritische Bewußtsein von diesen Macht- und Herrschaftsstrukturen durchwoben zu sein und dieses Verhältnis zum Gegenstand und Ausgangspunkt zu machen, ist für uns ein untrennbarer Bestandteil einer Kampange für den Erhalt der Flora. Das, wofür wir Postionen ergreifen und die Verhältnisse im Alltag, denen wir uns verweigern wollen, stehen für uns im Zentrum dessen, was wir mit der Flora verteidigen wollen. Wir kämpfen nicht für Nischen und Freiräume, sondern wir kämpfen gegen gesellschaftliche Normen, die uns in solche zwingen. Nischen, dunkle Ecken und Freiräume sind wichtige Rückzugsorte und Ausgangspunkte, aber wenn wir sie zum Gegenstand selbst erklären, erliegen wir denselben Fehlern wie die Alternativbewegung der siebziger Jahre. Es gibt kein richtiges Leben im falschen! Wir halten im Zusammenhang mit der Flora einen politischen Fokus auf einen Freiraumbegriff als zu dünn für eine Kampagne, die uns über den Tag hinaus bringen soll. Strukturell sind unsere Selbstorganisierungsmodelle nicht automatisch im Widerspruch zum herrschenden Alltag, sondern bieten ironischerweise Andockflächen für neoliberale Argumentationen. Kultur ohne staatliche Förderung, unbezahlte soziale Aktivitäten als Dienst an der Gesellschaft, Selbstversorgung und Mitwirkungspflicht, alles Dinge, die von Ökonomen eingefordert werden. Da heißt es aufpassen, nicht ungewollt zum Vorbild einer deregulierten Vorstellung von Gesellschaft gemacht zu werden.

Besetzte Häuser und autonome Zentren sind wichtige Erprobungsfelder kollektiver Alltagsorganisierung und widerständischer Vernetzung. Aber frei sind wir deshalb noch lange nicht und innerhalb von vier Wänden werden wir dies auch nicht werden. Wir bewegen uns tagtäglich in Widersprüchen und alles, was wir an Gegenentwürfen in Freiräumen entwickeln, ist verwoben mit dem Bestehenden und wird aufgesogen, wie ein Schwamm das Abwaschwasser vom Spülbeckenrand in den Abguss befördert. Wir fordern, wenn schon, die ganze Stadt als Freiraum. Wir haben keine Lust, morgens zur Arbeit gezwungen zu werden, um abends als Kund_innen für die Freizeitindustrie bereit zu sein. Zweimal Kurzurlaub im Jahr und ansonsten bei jedem Schritt und Tritt überwacht für den behaglichen Stillstand der Verhältnisse.

Wir machen keinen Beliebtheitswettbewerb und schielen auch nicht funktionalisierend auf irgendwelche Massen. Wir sind gleichzeitig aber in notwendiger Weise offfen für andere Sichtweisen und Vorstellungen. Wer um und mit für die Flora kämpft, muss unsere Blickwinkel nicht unbedingt teilen. Wir sehen in einer Kampange jenseits unserer Positionen in der Roten Flora vielmehr ein Forum für andere eigenständig formulierte politische Ziele und weitere Projekte, die sich auf eigene Weise manifestieren können. Ein Konfliktraum für temporäre Bewegungsmomente, der über ein primäres Ziel oder vereinnahmbare Eindeutigkeiten hinausgeht und das Ganze zum Thema macht.

Solidarität statt Repression!

Wir halten es für wichtig, Repression in Kampagnen von vorne herein solidarisch mitzudenken. Die letzten Jahre waren geprägt von zunehmender Überwachung, polizeilicher Aufrüstung und der Zuspitzung autoritärer Sicherheitskonzepte. Wurden soziale Bewegungen mit dem Arsenal der Terrorismusbekämpfung kriminalisiert. Werden nun Sachschäden bei politischen Aktionen gezielt dramatisiert und als Gefährdung von Menschenleben hochgespielt. Was hat man davon zu halten, wenn Steinwürfe derzeit als legitimer Grund für scharfe Schüsse der Polizei herhalten sollen, wenn theatralische Ermittlungskonstrukte aufgebaut werden und in den Medien gar die Gefahr der Renaissance eines bewaffneten Kampfes heraufbeschwört wird? Wir erleben zur Zeit nicht nur aufblühende Proteste gegen Bildungsabbau oder die städtische Politik, sondern als Gegenbewegung auch eine Sehnsucht nach autoritären Werten und Normen, die Gesellschaft nicht mehr als Ausgangspunkt, sondern als Gefahrenquelle denkt. Die präventiv polizeiliche Ausnahmezustände und Kontrollinstrumente dagegen setzt, die Protest als eine Grundlage emanzipatorischer Weiterentwicklung delegitimieren will und stattdessen einen respektvollen Untertanengeist einfordert.

Es ist für uns auch eine Form der Kritik gesellschaftlicher Gewaltformen, wenn das Hauskollektiv des Ungdomshuset sich gegen eine Räumung mit Barrikaden verteidigt, andere militärisches Gerät für Auslandseinsätze unbrauchbar machen oder wieder andere durch Glasbruch auf Gentrifizierung und Vertreibung aufmerksam machen. Wir finden wichtig, dass sich politische Bewegungen dabei nicht durch bleierne Konstrukte oder Totschlagargumente der inneren Sicherheit spalten lassen. Wir sind solidarisch mit Betroffenen von Repression und allen, die sich vermummen, um der Welt ein Gesicht zu geben.

Wir lassen es drauf ankommen!

Die Räumung der Roten Flora wäre ein existentieller Angriff auf autonome Strukturen in Hamburg und darüber hinaus. Der Versuch, unsere Strukturen zu zerschlagen und die 20jährige Widerstandsgeschichte des Projektes abzuwickeln. Wir werden weder warten, bis sie vor der Tür stehen, um auf die Barrikaden zu gehen, noch friedlich unserem Schicksal entgegensehen. Es gibt genügend Möglichkeiten und Gründe, sich in unterschiedlichen Konfliktfeldern einzubringen und linke Kritik und Praxis weiterzuentwickeln. Wir wollen weder integriert noch an die Kette gelegt werden und dieses Bedürfnis ist legitim: Wir sind das "UFO im Stadtteil". Das schwarze Loch im öffentlichen Raum. Die Stadt wird uns nicht los, weil wir ein Teil dessen sind, was das Leben selbst ist.

Autonome Gruppe für Flora-Aktivismus (Dezember 2009)

Kontakt: AGFA , c/o Rote Flora, Achidi-John-Platz 1, 20357 Hamburg, agfa@nadir.org

Erklärung zur verhinderten und erneuten Vorführung des Films "Warum Israel"

Am 25.10.2009 wurde die Vorführung des Films "Warum Israel" von Claude Lanzmann mit Gewalt von Menschen aus dem Internationalen Zentrum B5, der Sozialistischen Linke SoL und der Tierrechts-Aktion Nord TAN verhindert. Vor dem Eingang zum B-Movie wurde ein israelischer Checkpoint nachgebaut, mit dem der Zugang zum Kino blockiert wurde, so dass die Veranstalter_innen, die Gruppe Kritikmaximierung und das B-Movie, die Filmvorführung absagen mussten. Im Anschluss daran eskalierte die Situation weiter: in zunehmend aggressiverer Stimmung wurden Kinobesucher_innen mit "Nazis raus"-Sprüchen bepöbelt, einer Person rief "Judenschweine", und im folgenden Gerangel wurden Personen geschlagen. Das ist absolut inakzeptabel!

Genauso inakzeptabel ist der Umgang mit dieser Auseinandersetzung in den Erklärungen des Internationalen Zentrums B5 und der Kommunistischen Assoziation Hamburg Anfang November:

Anstatt sich von der antisemitischen Äußerung ihres Genossen/ihrer Genossin zu distanzieren und offen zu legen, wie eine Klärungsprozess mit dieser Person aussehen wird, ziehen sich die Gruppen allein darauf zurück, dass sie solche antisemitischen Sprüche nicht rufen würden, also auch kein "Judenschweine" gefallen sein könne. Das ist zu billig!

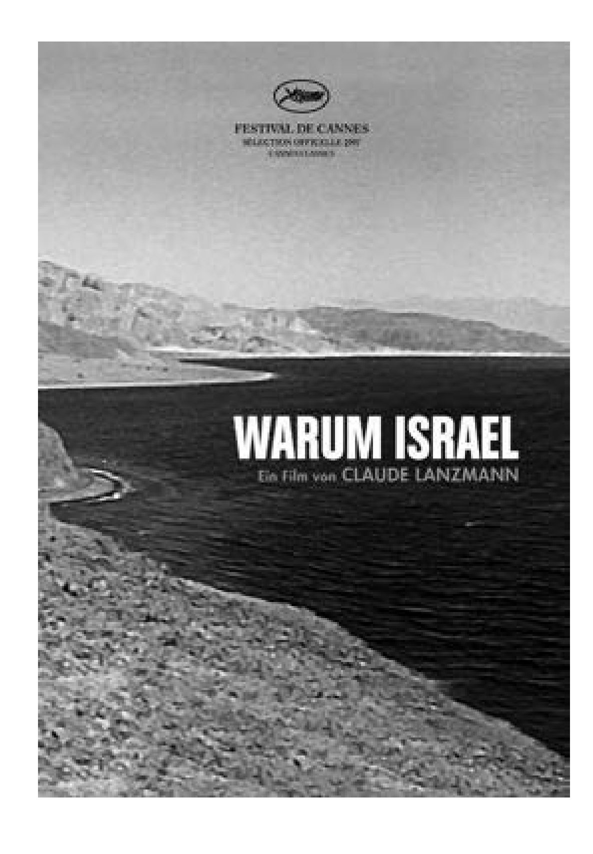
Die körperlichen Übergriffe werden in den beiden Erklärungen reduziert auf "kleinere Rangeleien" und "Rempeleien, Schubsereien und vier Backpfeifen". Es ist völlig irrelevant, ob es eine "Backpfeife", eine blutige Nase oder Schlimmeres ist - körperliche Aggression (und dazu gehört auch, wenn sich ein Mensch von TAN in der Situation einen Mundschutz reinschiebt!) sind als Mittel der Auseinandersetzung in der Linken nicht hinnehmbar! Spätestens seit dem Auftauchen der Revolutionären Kommunisten RK (RIM) in den 90er Jahren ziehen sich periodisch gewalttätige Angriffe durch die Hamburger Szene, z. B. in den FSK-Auseinandersetzungen 2002 oder durch einige Vergewaltigerverteidiger u. a. aus der TAN 2007. Egal, ob emotionsgeladen oder nicht: wer links und rechts, Worte und Fäuste verwechselt, ist für uns politisch - auch in breiten Bündnissen - untragbar.

Die Dramatik dieser Auseinandersetzung resultiert allerdings aus dem 'Stein des Anstoßes': der 1973 gedrehte Film "Warum Israel" von Claude Lanzmann, einem jüdischen Franzosen, der im Widerstand gegen den Nationalsozialismus gekämpft hat. Bei aller Kontroverse um Lanzmanns Spätwerk "Tsahal" von 1994 handelt es sich bei "Warum Israel" eben nicht um einen Propagandafilm. Es ist auch völlig unerheblich, wenn das Internationale Zentrum B5 jetzt erklärt, dass nicht der Film, sondern die Veranstalter_innen und das zu erwartende Publikum der Grund für die Blockadeaktion gewesen seien. Den Akteur_innen hätte klar sein müssen, dass die gewaltsame Blockade des Films eines jüdischen Regisseurs in Deutschland letztendlich im Kontext der Auseinandersetzung um Antisemitismus zu sehen ist und gesehen wird (z. B. Le Monde vom 12.11.2009). In Deutschland kann und darf es keine derartigen antisemitischen Verhinderungen von Filmvorführungen geben!

Aus diesem Grund unterstützen wir die Vorführung(en) von "Warum Israel" von Claude Lanzmann. Dies impliziert jedoch keineswegs eine automatische Solidarisierung mit dem B-Movie - im Gegenteil: Im Oktober 2005 zeigte das Kino unter dem verharmlosenden Programmtitel "Schmuddelfilme" eine Pornofilmreihe, um die "Kulturrevolution des Pornokinos" (B-Movie Programmflyer) zu untersuchen. Dabei wurde auch der Film "Deep Throat" vorgeführt, dessen Hauptdarstellerin 1980 erklärte, dass sie mit Gewalt zum Dreh gezwungen wurde und "dass jedes Mal, wenn jemand den Film Deep Throat sieht, er jedes Mal ihre Vergewaltigung mitsieht" (Zeck Nr. 129, S. 5). Die folgende Kritik beantwortete das B-Movie dann in der "Stellungnahme zum Sexismusvorwurf" ausweichend mit Rechfertigungen und der wiederholten Bekundung pseudowissenschaftlichen Interesses ("Unser Interesse an diesen Filmen war nicht geheuchelt. Wir waren neugierig auf die Bildsprache der damaligen Pornographie …"). Das größte Zugeständnis, zu dem sich das B-Movie dann hinreißen ließ, betraf ihren zweifellos sexistischen Programmflyer: "Sowohl die grafische Darstellung als auch die Wortwahl unseres Oktoberprogramms waren unsensibel und möglicherweise missverständlich." Dieser 'Selbstkritik' folgte aber umgehend das Beharren auf die Programmfreiheit: "Wir behalten uns jedoch das Recht auf unsere eigene Programmgestaltung vor. Das schließt 'schwierige' oder provokante Programme ausdrücklich mit ein." Mit seiner Erklärung hat das Kino also nicht nur die Kritik unbeantwortet gelassen, sondern kündigte weitere "provokante" Filme für die Zukunft an! An den Umständen, weshalb ein Boykott des B-Movie von feministischen Zusammenhängen gefordert wurde, hat sich also nichts geändert (Zeck Nr. 129, S. 4f, Nr. 131, S. 10f).

Daher können wir als gesamtes Plenum der Roten Flora auch nicht den Aufruf "Es darf keine antisemitische Filmzensur in Hamburg geben!" unterschreiben: Weder stellen wir uns, wie dort gefordert, hinter das Kino, noch unterstützen wir die generelle Forderung nach der "Programmfreiheit Hamburger Kulturschaffender", solange ein solches Recht u. a. vom B-Movie in Anspruch genommen wird, um sexistischen Dreck vorzuführen. Dass ein Teil des Floraplenums diese Bedenken kurzfristig zurükkgestellt und den Aufruf unterzeichnet hat, liegt daran, dass in der jetzigen Situation die Vorführung des Films "Warum Israel" dringend geboten erscheint.

25.11.2009 Plenum der Roten Flora



Warum wir den Aufruf zur Demo am 13.12.2009 nicht unterstützen

Da sich Einige Leute aus dem Plenum der Roten Flora ohne vorherige Absprache unter den Demoaufruf "Antisemitische Schläger unmöglich machen - auch von links!" gesetzt haben, begründen Einige andere Leute aus dem Plenum der Roten Flora nachfolgend nun öffentlich, warum wir uns nicht unter diesen Demoaufruf setzen:

(1) In dem Papier des Plenums der Roten Flora vom 25.11.2009 haben wir zu den Vorfällen am 25.10.2009 Stellung genommmen und u. a. begründet, dass wir das B-Movie und sein vermeintliches Recht der Programmfreiheit nicht unterstützen. Damit stellen wir uns auch nicht hinter die entsprechende pauschale Forderung im Demoaufruf - es gab und gibt Kontexte (verwiesen sei z. B. auf die Aust-Verfilmung über die RAF), in denen eine "Aktion Saubere Leinwand" durchaus sinnvoll erscheint.

(2) In der Darstellung der Auseinandersetzungen seit 2002 wird wieder einmal in unerträglicher Weise polemisiert, dekontextualisiert, reduziert und pauschalisiert:
- Die Rede ist davon, dass 2002 jemand "fachmännisch" [!] zusammengeschlagen wurde.
- Im Januar 2004 sind die Träger_innen nicht wegen ihres Transparents "Deutschland denken heißt Ausschwitz denken" angegriffen worden, sondern weil sie sich mit Israel-, USA- und GB-Fahnen an die Demospitze setzen und damit bewusst gegen die Absprachen im Vorbereitungskreis, keine Nationalfahnen zu tragen, handelten.
- Die "zahlreichen Gelegenheiten", bei denen Menschen "mit Flaschen und Steinen beworfen" worden sind, reduzieren sich unseres Wissen auf die sog. Bahamas-Demo vom 24.4.2004: Hier wurde unter dem Motto "Flagge zeigen! Für Israel - gegen Old Europe" im Rahmen einer bundesweiten Kampagne antideutscher Gruppen von März bis Juli nicht nur in Hamburg gegen linke Einrichtungen, u. a. die Rote Flora, demonstriert.
Erneut wird in diesem Demoaufruf eine differenzierte Betrachtungsweise "aus offenbar rein dramaturgischen Gründen" (Gruppe Arachne im November 2005) zu Gunsten einer Zuspitzung aufgegeben. Wenn dann im nächsten Absatz "entschlossene Gegenwehr" gefordert wird, wird hier die Androhung auch körperlicher Gewalt zumindest suggeriert. Soll die Filmvorführung am 13.12. 'durchgeprügelt' werden?

(3) Dass dieses Szenario nicht ganz von der Hand zu weisen ist, wird spätestens bei der (stetig wachsenden) Liste der den Aufruf unterstützenden Gruppen deutlich. Hier finden sich nicht nur die Brandredner_innen, die zum militärischen Angriff auf den Iran aufrufen und die "antiimperialistische Baggage" nicht dulden wollen (Redebeitrag von Stop the Bomb & Hamburger Studienbibliothek, 12.8.2009), sondern auch Unterstützergruppen der "Support Israel - and it's Right to Self-defense"-Demo vom 28.7.2006, die zur bedingungslosen Solidarität auch mit dem israelischen Militär aufrufen ([A: KA] Göttingen, Antifaschistischer Frauenblock Leipzig (AFBL), Hamburger Studienbibliothek, lizaswelt.net, Prozionistische Linke Frankfurt). Bei dieser Crème de la Crème der bundesdeutschen Antideutschen fehlt dann auch nicht der bürgerlich-liberale Bundesarbeitskreis (BAK) Shalom der Linksjugend ['solid] ("Eine bessere Gesellschaft, die Herrschaft und Ausbeutung überwindet, kann nur auf Basis der Aufklärung und der bürgerlichen Gesellschaft errichtet werden.") sowie die Gruppen, die zur o. g. Demo am 24.4.2004 aufgerufen haben ([A:KA] Göttingen, Prozionistische Linke Frankfurt, Antideutsche Gruppe Hamburg).
Besonders perfide ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die Antideutsche Gruppe Hamburg zusammen mit dem Bahamas-Redakteur Wertmüller ausgerechnet für den Redebeitrag am 24.4.2004 zur Roten Flora verantwortlich zeichnet. In diesem wird die Rote Flora u. a. als "Musentempel der linksradikalen Lebensreformbewegung" ausgemacht, also einer Bewegung, die ja schon einmal Sprungbrett für den Nationalsozialismus war. Obwohl sich daran für die Antideutsche Gruppe Hamburg in den letzten 5 Jahren - zumindest öffentlich - nichts geändert hat, will nun diese Gruppe am 13.12.2009 ausgerechnet von (und womöglich mit?) der Roten Flora zum B-Movie marschieren? Selbstverständlich können und wollen wir weder den Veranstalter_innen nächtlicher Rituale noch dieser Demo den Achidi-John-Platz als Ausgangspunkt ihrer Aktionen absprechen. Allerdings werden wir nicht die Rote Flora in die Demo "Antisemitische Schläger unmöglich machen - auch von links!" einbinden lassen!

25.11.2009, Einige andere Leute aus dem Plenum der Roten Flora

Gegen antisemitischen Auswüchse und antideutsche Geschichtsklitterung

Der folgende Redebeitrag sollte auf der Demo am 13.12. gehalten werden. Im Vorfeld der Demo wurde er wie alle anderen Redebeiträge dem Vorbereitungskreis vorgelegt. Dieser Vorbereitungskreis entschied, dass der Redebeitrag auf der Demo nicht gehalten werden darf, weswegen wir ihn jetzt hier abdrucken.
Wir halten die Zensur unseres Redebeitrages für eine Unverschämtheit und für eine politisch zerstörerische Maßnahme.
Allgemein denken wir, dass die Zensur eines Redebeitrages eine Maßnahme darstellt, die sensibel anzuwenden und daher nur bei gröbsten Verfehlungen legitimiert ist.
Konkret wendet sich unser Redebeitrag entschieden und eindeutig gegen Antisemitismus und seine VetreterInnen, in diesem Fall aus dem Umfeld der B 5.
Dass er trotzdem nicht gehalten werden durfte, lässt uns an den Motiven der Veranstaltenden zweifeln. Dass eine eindeutige Absage an Theorie und Praxis des Antisemitismus ja offensichtlich nicht genügt, lässt den Schluss zu, dass es auf dieser Demo um mehr ging: Um die Selbstdarstellung und das kritiklose Abfeiern antideutscher Positionen, wie schon im Demoaufruf angedeutet. Denn unser Redebeitrag erteilt nicht nur den Antisemiten aus der B 5 eine Absage. Abgesehen davon setzt er sich auch kritisch mit verschiedenen Aspekten antideutscher Politik auseinander. Hier liegt der Grund der Zensur. Denn im Redebeitrag verwahren wir uns dagegen, die Ausein-

andersetzung auf der antifaschistischen Demonstration in Barmbek 2004 politisch inhaltlich in eine Reihe mit den Vorfällen an der B 5 2009 zu stellen. Uns wurde von den Veranstaltenden mitgeteilt, dass eben diese Stellungnahme der Grund der Zensur unseres Redebeitrages sei.
Um noch einmal konkret zu werden und die Debatte aufzugreifen: Wir lassen keine antideutsche Geschichtsklitterung zu. Daher bedanken wir uns bei den antifaschistischen Genossinnen und Genossen, die 2004 auf der antifaschistischen Demo in Barmbek den Übergriff der antideutschen Provokateure abgewehrt haben.
Uns war nicht lediglich der Redebeitrag wichtig, sondern vielmehr eine machtvolle Demonstration gegen die antisemitischen Auswüchse. Daher entschlossen wir uns bei aller Kritik und bei allen Zweifeln zu einer Teilnahme an der Demo.
Es war und bleibt wichtig, ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus zu setzen.
Daher sei an dieser Stelle auch die folgende Kritik noch erlaubt: Viele undogmatische linke Kräfte in Hamburg nehmen für sich in Anspruch, eine eindeutige Position zum Antisemitismus zu haben. Diese haben sie wenn überhaupt, bisher schriftlich ausgedrückt. Sie aber in die Demo vom 13.12. hineinzutragen, darauf wurde verzichtet: entsprechend einseitig war der Ausdruck der Demo. Hier wurde den Antideutschen die Deutungshoheit überlassen. Daher hier die Frage: Wo bleibt euer deutliches Zeichen, eure Demo, eure Aktion?

Der Redebeitrag:

Der Film "Warum Israel" von Claude Lanzman muss gezeigt werden. Dieser Film, der den Staat Israel diskutiert, muss gezeigt werden.
Es darf keinen Zweifel daran geben, dass über den Staat Israel diskutiert werden kann.
Die Diskussion über Israel hat die logische und notwendige Voraussetzung, das Existenzrecht Israels ein für alle Male anzuerkennen.
Das heißt: Jede Rhetorik, die mit Parolen wie "Werft sie zurück ins Meer" arbeitet, außerhalb des Diskussionszusammenhanges zu stellen und sie als das zu benennen, was sie ist: Als antisemitische Hass- und Vernichtungsrhetorik.
Die Diskussion über Israel hat auch die logische und notwendige Voraussetzung, die Kritik an der Politik des Staates Israel zuzulassen.
Das heißt: Der Kritik an den aggressiven Anteilen der israelischen Politik des Staates Israel nicht reflexhaft mit der stereotypen Anklage des Antisemitismus zu begegnen. Eine kritiklose Zuwendung kennt keine Diskussion, nimmt den Staat Israel nicht ernst und fällt abgesehen davon hinter Positionen der israelischen Linken zurück.
Wie gesagt: Die Auseinandersetzung mit Israel muss möglich sein. Nichts anderes tut dieser Film. Jenseits aller politischen und neurotisch gespeisten Extreme setzt dieser Film sich mit dem Staat Israel auseinander. Dies muss das Hauptargument zur Besprechung dieses Filmes sein:
Dass es schon ein recht alter Film ist, der eigentlich niemanden mehr so recht aufregen dürfte, ist zweitrangig.
Dass es ein Film von Claude Lanzman ist, der vor allem durch sein späteres Werk "Shoah" zu Recht hohes Ansehen und hohe Würde genießt, ist zweitranig.
Was vor allem zählt ist dieses: Mit diesem Film wird eine vernunftbestimmte Auseinandersetzung mit dem Staat Israel angestrebt.
Wir erteilen allen und allem, die dieses nicht zulassen wollen, hiermit eine radikale und vollständige Absage.
Vermutlich hätte dieser Film an keinem anderen Ort in Hamburg eine solche Eskalation bewirkt. Welche Ziele und Absichten eine antideutsche Gruppe damit verbindet, diesen Film in allernächster Nähe zu einem Zentrum internationalistischer antiimperialistischer Gruppen zu zeigen, muss heute offen bleiben. Das Provokative dieses Vorhabens hingegen ist offensichtlich: Nicht etwa wegen des Films, sondern wegen der unversöhnlichen Feindschaft zwischen den beteiligten Gruppen. Jenseits dieser unversöhnlichen Feindschaft haben auch wir als Gruppe größte Schwierigkeiten mit der Theorie und Praxis antideutscher Gruppen. In aller Deutlichkeit: Wir wollen keine, und damit meinen wir keine! Nationalfahnen sehen. Die Nation ist für uns keine politisch legitime Struktur: keine Nation. Dies ist ein uns wichtiger politischer Anspruch, den wir auf den von uns organisierten Demonstrationen durch setzen. Daher wehren wir uns hier in aller Deutlichkeit gegen die unerträgliche und politisch unscharfe Aneinanderreihung im Aufruf zu dieser Demonstration: Die Antifaschistinnen und Antifaschisten, die 2004 auf unserer Demonstration in Barmbek keine Nationalfahnen zuließen sind nicht eines Geistes mit den Antisemiten, deretwegen wir heute hier auf der Straße stehen. Wir folgen nicht der platten Rhetorik, die da sagt: Jede und jeder, die mit Antideutschen Auseinandersetzungen führt, ist allein schon aus diesem Grund antisemitisch. Noch einmal klar und deutlich: Auch mit dieser Rhetorik können die Antideutschen die autonome Bewegung weder spalten noch zerstören.
Doch auch all diese Gedanken sind heute zweitrangig angesichts der ursächlichen Forderung nach der Möglichkeit zur vernunftbestimmten Auseinandersetzung um Israel.
Es geht heute vor allem um eines: Wir alle hier demonstrieren, dass wir es aus Gründen der politischen Kultur wichtig finden, den Film "Warum Israel" zu zeigen.
Angesichts der Auseinandersetzungsformen bei der Blockade des Kinos am 25.10. sagen wir hier in aller Solidarität: Wir sind eure schwulen Judenschweine.

Gruppe 170

Avanti zu den Vorfällen am 25.10.

Am 25.10.2009 wurde die von der Gruppe "Kritikmaximierung" geplante Vorführung des Films 'Pourquoi Israel' im B-Movie gewaltsam verhindert. Diese Verhinderung - verbunden mit körperlichen Angriffen auf VeranstalterInnen und Menschen, die sich den Film ansehen wolllten - halten wir für völlig inakzeptabel.
Wir halten es für ein widerliches politisches Signal, den Film eines jüdischen Resistance-Kämpfers zu verhindern, der sich mit Israel beschäftigt.
Es kann nicht sein, dass Gruppen in der Linken so wenig in der Lage sind, Positionen auszuhalten, die den ihrigen nicht entsprechen, dass sie körperliche Gewalt anwenden. Konflikte in der Linken müsssen in anderen Formen ausgetragen werden.

Avanti - Projekt undogmatische Linke



Ein offener Brief an die deutsche Linke aus West-Jerusalem

Ungerechtigkeit bekämpfen! Von Yossi Wolfson

An meine Genossinnen und Genossen in Deutschland.

- Diese Anrede sollte ich wahrscheinlich klären. Habe ich als jemand, der, wie es scheint, von außen kommt, überhaupt das Recht, über Tendenzen in Organisationen, in denen ich nicht aktiv bin, eine Meinung, noch dazu eine kritische, abzugeben? Die Entwicklungen dieser Organisationen betreffen mich allerdings in mehr als einer Hinsicht.

Mein Vater ist in einem Schtetl in Ostpolen in eine proletarische jüdische Familie hinein geboren. Er wuchs in der Tradition des Bund, einer antizionistischen Arbeiterpartei mit stolzer jüdisch-nationaler Identität auf. Diese Partei war ein Katalysator für die Organisation der gesamten polnischen Arbeiterklasse. Meine Mutter ist in Freiburg in Deutschland geboren. Sie fühlte sich immer eng verbunden mit den liberalen Kreisen des deutschen Judentums, des Judentums eines Buber, eines Rosenzweig. Meine familiären Wurzeln verbinden mich daher sowohl mit der linken Bewegung, als auch mit Deutschland.

Als jemand, der ganz in linken Traditionen aufwuchs, tue ich, was Linke tun: Ungerechtigkeit bekämpfen, mich an die Seite der Unterdrückten und gegen die Herrschenden stellen, mich als Teil der Arbeiterklasse und gegen kapitalistische Ausbeutung positionieren, mich auf die Seite der Menschen in der "Dritten" Welt und gegen ihre Ausbeutung durch die reiche "Erste" Welt stellen. Ich habe gelernt, "nie wieder Krieg" zu fordern - außer den Krieg, der den Palästen gilt. Mir wurde gesagt, was einen Linken definiert: Internationalismus und Widerstand gegen Rassismus in allen seinen Ausdrucksformen und ein konsequenter Kampf gegen Unterdrückung.

Fortschrittliche Gesellschaft in Israel?

Die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts hat dafür gesorgt, dass ich im Nahen Osten geboren wurde. Die jüdische Arbeiterklasse in Polen wurde fast vollständig ausgelöscht. Der staatliche Antisemitismus in Polen machte 1956 meinen Vater zum Flüchtling nach Israel. Auch die deutschen Juden wurden vernichtet oder zu Flüchtlingen, im Fall meiner Mutter bedeutete es das Exil in den USA. Meine Mutter ist später nach Israel emigriert - auf Grund der Illusion, dass dort eine fortschrittliche Gesellschaft aufgebaut würde, in der Gleichberechtigung herrsche. Erst Jahre später sind ihr Fakten über die Nakba und die Verhältnisse bekannt geworden, in denen die arabische Bevölkerung bis Mitte der 1960er Jahre in Israel unter Militärverwaltung leben musste. [...]

Büttel im Dienst eines Regimes

Auf dem Fleckchen Erde, wo ich lebe, geschieht die Ungerechtigkeit nicht subtil - sie schreit zum Himmel. Sie schreit zum Himmel aus den Flüchtlingslagern, aus der ungeheuren Armut, die in den palästinensischen Vierteln Ostjerusalems herrscht, aus der täglichen Willkür an den Checkpoints. Mit Schrecken sehe ich junge Israelis, die die Welt durch den Lauf ihres Gewehrs wahrnehmen und zu brutalen Bütteln im Dienst eines Regimes geworden sind, das unterschiedliche Gesetze für Juden und für Araber vorsieht. Die hochmütige Skyline aus Glas und Beton von Tel Aviv und die elenden Gassen in den palästinensischen Ortschaften, die wie das Schtetl meines Vaters von kleinen Händlern, Bauern, Tagelöhnern und Erwerbslosen bewohnt sind, lassen für mich keinen Zweifel, welche zwei Welten in dem kleinen Stück Land am Mittelmeer, das sich nicht entscheiden kann, ob es zum Osten oder zum Westen gehört, aufeinander prallen.

Widerstand gegen den israelischen Militarismus

In meinem tiefsten Herzen habe ich nie daran gezweifelt, und auch keiner meiner linken Freunde hat je daran gezweifelt, was es unter solchen Bedingungen heißt, ein Linker, eine Linke zu sein: immer in Opposition gegen die Unterdrückung der israelischen Regierung gegenüber der palästinensischen Bevölkerung. Es war uns immer klar, dass links zu sein bedeutete, solidarisch mit der palästinensischen Widerstandsbewegung, v.a. mit linken Gruppierungen, zu sein und mit ihnen den Diskurs zu führen. Die israelische Linke ist sehr pluralistisch. Man findet unterschiedliche Herangehensweisen, Analysen und Strategien, aber der Widerstand gegen den israelischen Militarismus und die Unterdrückung der Palästinenserinnen und Palästinenser ist allen gemeinsam.

Nie hatte ich auch nur den geringsten Zweifel, dass der Kampf gegen Unterdrükkung der Palästinenser auch ein Kampf für die Juden in diesem Land und weltweit ist. Die aggressive Politik der israelischen Regierungen verurteilt das jüdische Volk in Israel dazu, "auf dem Schwert", wie wir es ausdrücken, und auf unabsehbare Zeit mit der Gewalt zu leben. Als Jude kann ich mich mit revolutionären Juden identifizieren, die Hand in Hand mit anderen Nationen an der vordersten Front des Kampfes für Gerechtigkeit gestanden haben. Jetzt aber stellt die Regierung des "Judenstaates" das jüdische Volk an die vorderste Front des Krieges zwischen dem reichen Norden und dem armem Süden. Das ist auch für das jüdische Volk keineswegs von Vorteil. Und ich frage Euch: Ist das wirklich der Weg, Antisemitismus zu bekämpfen? Als Linker liegt es für mich auf der Hand, dass mein Widerstand gegen die Politik der israelischen Regierung, des israelischen Staates unmittelbar zusammenfällt mit der Solidarität mit meinen jüdischen Brüdern in Israel und überall, dass ich zu diesem Kampf sogar im Namen dieser Solidarität verpflichtet bin.

Verprügelt, verhört und gedemütigt

Als Linker hat man es in Israel nicht immer einfach. Natürlich, die Juden unter uns (und vor allem die mit europäischem Hintergrund) genießen viele Privilegien, und man kann die Risiken, die wir eingehen, nicht mit dem Preis vergleichen, den palästinensische Linke zahlen. Und trotzdem wurden auch von uns schon viele wegen ihrer politischen Aktivitäten von den Sicherheitskräften festgenommen, verprügelt, verhört und gedemütigt. Die Einschränkungen der Rede- und Demonstrationsfreiheit sind systematischer Art, und immer häufiger tragen viele meiner Freundinnen und Freunde Narben davon, die ihnen durch die Geschosse israelischer Soldaten zugefügt wurden.

Ich wusste aber immer, dass die internationale Linke solidarisch hinter uns steht. Ich wusste immer, dass ich von linken interna-

tionalen Bewegungen nicht nur Zustimmmung und moralische Unterstützung erwarten kann, sondern ganz reale Unterstützung. Die israelische Regierung reagiert sehr empfindlich auf die internationale öffentliche Meinung. Der Staat Israel ist abhängig von der politischen und wirtschaftlichen Hilfe vieler Staaten, und ich wusste, wenn meine Freunde und ich angegriffen werden, muss das israelische Außenministerium mit ernsten Nachfragen rechnen. Ich wusste, wenn die europäischen Regierungen und die der USA von Israel keine Zurückhaltung fordern, müssen sie in ihren Ländern mit Demos und Protesten von meinen linken Freunden rechnen. Diese Sicherheit und dieses Vertrauen in die internationale Solidarität hat mir immer Stärke und Hoffnung gegeben.

Solidarität mit meinem Kampf "antisemitisch"?

Wenn ihr Euch die Mühe gegeben habt, bis hierhin zu lesen, wird Euch der Schock, den ich bei meinem letzten Deutschland-Besuch erlebte, nicht überraschen. Da wurde mir nämlich klar, dass es in der deutschen Linken eine lautstarke Gruppe gibt, die die Solidarität mit meinem Kampf als antisemitisch bezeichnet und mich selber als einen mit Selbsthass infizierten Juden. Wie in einer auf den Kopf gestellten Welt werden die israelischen Generäle-Politiker, die die Unterdrückung in den besetzten Gebieten ins Werk setzen, und der extrem liberalen bzw. rechten israelischen Regierung an die Macht geholfen haben, von diesen Leuten innerhalb der deutschen Linken zu Helden erklärt. Der israelische Soldat, der seine Aufgabe, die Zivilbevölkerung zu unterdrücken, erfüllt, ist für gewisse deutsche Linke ein Vorbild. Während ich gegen das militärische Vorgehen der israelischen Regierung demonstriere, wird diese nicht nur von den Herrschenden in Westeuropa und den USA unterstützt, sondern auch von Demonstranten in Westeuropa, die sich als Nachfolger von Karl Marx verstehen. Fassungslos höre ich diese Dinge, lese die Publikationen dieser deutschen Linken und frage mich, ob ich mich nicht in einen Albtraum verirrt habe. Wie kann es sein, dass solche Stimmen aus der deutschen Linken kommmen, die für mich immer ein Vorbild war, eine legendäre revolutionäre Kraft zu sein schien, die den wahren antikolonialistischen Kampf führte und sich im solidarischen Bündnis mit Migrantinnen und Migranten befand. Wie kann es sein, dass diejenigen, die sich in der Nachfolge von Marx, Luxemburg, Adorno wähnen, einen Krieg unterstützen, die wahllose Tötung von Zivilisten, wirtschaftliche und politische Ausbeutung und Unterdrückung, Apartheid und Kolonialismus! Was man aus der Ferne sieht, sieht man aus der Nähe nicht. Denkt man in Deutschland wirklich, dass die Unterstützung der Politik der israelischen Regierung, eine für beide, Palästinenser und Juden verheerende Politik, der Königsweg ist, den Antisemitismus zu bekämpfen? [...]

Eine offene Debatte in der LINKEN führen!

Es ist möglich, eine offene Debatte über die Politik im Nahen Osten zu führen. Das sollte aber nicht bedeuten, dass die Grundannnahmen von Internationalismus und der Ablehnung von Kolonialismus und Unterdrückung aufgegeben werden. Man kann durchaus auch mit Leuten diskutieren, die diese Grundannahmen nicht teilen, aber man muss wissen, dass sie nicht zu trennnen sind von einer linken Identität. Und wer sie fallen lässt, kann von sich nicht beanspruchen, ein Teil der Linken zu sein.

So kann man in der linken Bewegung und in der LINKEN mit Gruppen wie BAK Shalom über deren Agenda diskutieren, aber dabei darf die Tatsache nicht verschleiert werden, dass es eine rechte Agenda ist. Und eine Gruppe mit einer solchen Agenda kann auf keinen Fall integraler Teil einer Partei sein, die sich den anspruchsvollen Namen DIE LINKE gegeben hat.

Mit solidarischen Grüßen,
Yossi Wolfson

Yossi Wolfson ist Menschenrechtsanwalt. Er engagiert sich in antimilitaristischen, tierrechtlichen und queeren Gruppen und schreibt für das israelische Magazin Challenge (siehe www.challenge-mag.com/de/). Im Sommer 2009 besuchte er Freunde in Deutschland und war fassungslos über die pauschale Solidarität deutscher Linker mit Israel. Dies nahm er zum Anlass für den hier dokumentierten Brief. Im Januar erscheint dieser ungekürzt in dem von Sophia Deeg und Hermann Dierkes herausgegeben Sammelband "Bedingungslos für Israel?", Neuer ISP Verlag. (PK)



Anlässlich der vorweihnachtlichen Aktionswochen in Hamburg: "Rauhes Klima für Energiekonzerne, Manager und Helfershelfer" präsentieren wir
- kaputte Fenster und Lack am Haus von Fritz Vahrenholt im Schwarzbuchenweg 8
- verkohlte Jung-von-Matt-Autos vor dem Eigenheim von Holger Jung in der Werderstrasse 27

Rheinisch-Westfälische-Elektrizitätswerke (RWE), Innogy, Vahrenholt.
Im Februar 2008 nahm Fritz Vahrenholt als Geschäftsführer der Gesellschaft für erneuerbare Energien bei RWE, Innogy, die Arbeit auf. Nachdem RWE das Geschäft mit Windenergie erstmal verschlafen hatte, holte man sich mit Vahrenholt, dem damaligen Vorstand des Windanlagenkonstrukteurs Repower und Aufsichtsrat bei Shell, Norddeutscher Affinerie und Thyssen, einen Fachmann um diesen Markt anzugreifen. Ausgestattet mit einem Budget von jährlich rund einer Milliarde Euro ist es das Ziel von RWE, bis 2020 den Anteil von Ökostrom am Energiemix auf 20-30% zu steigern. Die neue Sparte, mit Investments in Windparkanlagen, Erdwärme, Gezeiten-Kraftwerken und ähnlichem unterliegt dabei den üblichen Wirtschaftlichkeitsanforderungen im Konzern, d.h. eine Rendite auf das eingesetzte Kapital von über 10% zu erwirtschaften. Gemäss des von dem Vorstandsvorsitzenden Großmann propagierten Leitmotivs "voRWEg gehen", will das Unternehmen allseits mitmischen, wo es um satte Gewinne geht. Breit aufgestellt engagiert sich der grösste CO2 Emittent Europas im Bau von Kohlekraftwerken (jüngstes Vorhaben ist der Bau des grössten deutschen Braunkohlekraftwerks in Neurath), der Förderung und dem Ausbau der Kernenergie (u.a. Biblis A+B, Urananreicherung in Gronau), der Ausbeutung von Gas- und Ölvorkommen sowie dem Transport von fossilen Brennstoffen (z.B. Nabuccopipeline). Übereinstimmend mit seinem Chef Großmann und dem deutschen Atomforum wirbt Vahrenholt rastlos für eine Eintracht von erneuerbaren Energien und der Atomkraft. Die RWE Konzernstrategie beinhaltet Kernenergie als Schlüsselelement für wirtschaftliches Wachstum und CO2 Reduktion. Für Vahrenholt sind Kernenergie und erneuerbare Energien die beiden Eckpfeiler einer Brücke in die Zukunft. Ohne diese beiden Pfeiler prognostiziert er aufgrund stetig steigender Energiepreise eine Vielzahl sozialer Brüche, welche die Gesellschaft erschüttern werden. Deshalb macht er sich für eine Laufzeitverlängerung und den Neubau von Atommeilern stark. Großmann forderte sofort nach den Bundestagswahlen eine Verlängerung für alle AKW' s (also auch Biblis AI-B, die schon in der letzten Legislaturperiode abgeschaltet werden sollten) von 25 Jahren. Davon verspricht er sich eine volkswirtschaftliche Wertschöpfung von 250 Milliarden Euro. Gnädigst ist er bereit, die Hälfte davon abzugeben - in den Ausbau erneuerbarer Energien.
Hierfür bieten sich dann Innogy-Projekte wie ANDASOL in der spanischen Provinz Granada an. Dort werden in Kooperation mit MAN u.a. solarthermische Kraftwerke gebaut mit Pilotfunktion für ähnlich gelagerte Vorhaben in Italien und Griechenland. Denkbar wäre auch eine Finanzierung von Repowering, d.h. Modernisierung und Nachrüstung bereits vorhandener Windkraftstandorte.
Viel Kapital benötigt auch das Projekt Desertec. Bis 2050 will ein Konsortium aus RWE, Deutscher Bank, Münchner Rück, Siemens usf. 15% des europäischen Strombedarfs mit solarthermischen Kraftwerken in der Sahara erzeugen. Vahrenholt sieht diese Pläne mit einer gewissen Skepsis - es gäbe viele rechtliche Hindernisse in Nordafrika und die Durchsetzbarkeit der Gleichstromhochspannungsnetze zwischen Afrika und Europa birge viele Unwägbarkeiten.
Aber Desertec würde die Versorgungssicherheit, oder wie es oft so schön heisst "Energiesicherheit" Europas, in einer Zukunft sich verschärfender Energieverteilungskämpfe und -kriege in Anbetracht einer Verknappung fossiler Brennstoffe erhöhen. Womit wir bei einem weiteren RWE-Unternehmen angelangt wären, der

Nabuccopipeline.
Diese wird von der Europäischen Union als ein zentrales Projekt europäischer Energieversorgung angesehen. RWE will ab 2014 mittels dieser Leitung Gas vom Kaspischen Meer, Turkmenistan, Aserbaidschan und dem Irak nach Europa pumpen. Selbst Gasvorkommen im Iran könnten angeschlosssen werden. Die EU will in Konkurrenz zu den von Gazprom dominierten Pipelines North- und Southstream ihre Energieimporte diversifizieren und unabhängiger von Russland werden. RWE hat bereits Explorationslizenzen in Turkmenistan erworben und eine Niederlassung in Aserbaidschan eröffnet. Ex-Aussenminister Fischer ist als Türöffner angeworben worden, um das Projekt in trockene Tücher zu bekommen. Für reichlich Zündstoff ist also gesorgt. In den Planungspapieren der Europäischen Kommission ist nachzulesen, wie begleitend zum Ausbau erneuerbarer Energien als Katalysator für die Modernisierung der europäischen Wirtschaft, einem oft beschworenem Green New Deal, selbstredend auch repressive Konzepte ausgedacht werden. In den Zeiten des Klimawandels soll die internationale Sicherheit der EU, soll heissen Verfügungsgewalt über Energieressourcen sichergestellt werden.
Da trotz aller Bemühungen der Energiekonzerne Kernkraft noch keinen wirklich gesunden Charme entwickeln konnte, bemüht RWE

Jung von Matt.
Diese Werbeagentur, die wegen ihres Engagements für Grosskonzerne schon längst im Visier linker Aktivist_innen ist, gestaltete Werbung für die Strommarke "Proklima". Besonders CO2 freundlich, da zu 2/3 aus Atomkraft, soll Proklima einer "umweltbewussten" Zielgruppe schmackhaft gemacht werden. Auf eine Persiflage unter dem Motto "FingeRWEg" reagierte Jung von Matt gereizt mit der Androhung von Klagen wegen Urheberrechtsverletzung.
Den Plan, in einem erdbebengefährdetem Gebiet in Bulgarien ein AKW zu errichten, hat RWE unlängst aufgegeben. Aber der Neubau von einigen Meilern in England und Bauvorhaben in Polen und Rumänien (dort ebenfalls in einem Erdbebengebiet) werden schon für Nachschub für "Proklima" sorgen.

Kopenhagen.
Im Verlauf des "Weltklimagipfels" in der dänischen Metropole vom 7. bis 18.12. werden die multinationalen Konzerne und ihre politischen Vertreter_ innen der G20 Staaten dafür Sorge tragen, dass auch in Zukunft ihr Ofen nicht ausgeht. Im September haben bereits über 500 Multis, darunter, wie könnte es anders sein, RWE, einen drastischen Wandel der Klimapolitik eingefordert. Sollten etwa weitere weltrettende Hilfsmittel entwickelt werden wie die CO2 Zertifikate oder "Clean Development Mechanism" (CDM7, die den Energiekonzernen in der Zeit seit Kyoto jährliche Zusatzprofite in Milliardenhöhe beschert haben?
Energiekonzerne zählen eher zu den Gewinnern in der Weltwirtschaftskrise (RWE wird dieses Jahr einen Gewinn von über drei Milliarden Euro einfahren). Freiwillig

werden die grossen Spieler ihre Macht, die rauchenden Schornsteine, öligen Pipelines und glitzernden Fotovoltaikanlagen nicht aus der Hand geben. Auch ein grün angestrichener kapitalismus wird den Planeten und seine Lebewesen nicht "retten". Gegen die vernichtende Wachstumsdynamik des Kapitalismus muss internationaler Widerstand dynamisiert werden.
Über 500 Jahre Ausbeutung des globalen Südens und über 200 Jahre Kapitalismus sind längst, längst genug.

Fahrt alle im Dezember nach Kopenhagen und gebt euer Bestes!

Am 11.12. "Business day" angreifen!
12.12. Actiondemo!
13.12. Hafenblockade!
16.12. Einnahme des Konferenzzentrums!

- Keine Auslieferung von Sonja und Christian aus Frankreich nach Deutschland! Sonja und Christian wird vorgeworfen, 1977 Anschläge gegen Firmen verübt zu haben, die Atomtechnologie produzierten, bzw. an das Apartheidregime in Südafrika exportierten.
Diesen Aktionen gilt unsere Sympathie.
- Keine Moorburgtrasse durch Hamburg!

19.11.2009



Auto von Jung von Matt in der Werderstraße 27

Fenster und Fassade des Hauses von Fritz Vahrenholt im Schwarzbuchenweg 8

wir sind hier wir sind überall wir sind ein Bild aus der Zukunft

(aus der Erklärung der Besetzer_innen des Polytechnikums in Athen am 73.12.08)

In den Abendstunden des 3.12.2009, wenige Tage bevor sich zum ersten Mal die Ermordung von Alexandros Grigoropoulos durch einen Bullen in Athen jährt, hat sich eine größere Menschenmenge an der Polizeiwache 16 in Hamburg eingefunden. Wir haben die Fenster des Gebäudes eingeschmissen, die Eingangstür versperrt und die Garagen mit brennenden Mülltonnen zugemacht. Die vor der Wache abgestellten Polizeifahrzeuge fackelten ab und Farbflaschen flogen an die Wände. An einigen Zufahrtswegen haben Freund_innen Barrikaden errichtet und Krähenfüße verstreut. Das galt den zu Hilfe eilenden Beamten. Unbeteiligte bitten wir für Unannehmlichkeiten (z.B. platte Reifen...) um Nachsicht.
Der Mord an Alexandros war der Funke, der den Dezemberaufstand in Griechenland auslöste. Im ganzen Land gab es Mobilisierungen, die die herrschende Ordnung nahezu paralysierten. Unter der Parole "Bullen, Schweine, Mörder" wurden viele Polizeiwachen angegriffen. Zehntausende waren auf den Straßen und eigneten sich Stadtviertel an. Das brutale Vorgehen der Polizei und Tonnen von Tränengas konnten sie nicht stoppen. Die Aufständischen plünderten Supermärkte und Geschäfte der Innenstädte und griffen Regierungsgebäude an. Sie besetzten eine große Anzahl von öffentlichen Gebäuden (Schulen, Universitäten, Theater, Gewerkschaftszentralen) für die Organisierung ihrer Diskussionen und Aktionen. Sie fingen an, die Zirkulation von Waren und Verkehrsströmen zu unterbrechen. Und es waren nicht nur die üblichen "Gnostoi/Agnostoi" ("Bekannte/Unbekannte").
Eine wilde Mischung von Anarchist_innen, Migrant_innen der "l. und 2. Generation", Flüchtlingen und Schüler_innen ... machten den Agenten des Systems die Straße streitig und sich selbst das Leben schmackhaft. Sie alle spürten, dass die Polizeikugel auch sie hätte treffen können. Sie wussten um die vielen Polizeimorde in der Vergangenheit und hatten noch so manche Rechnung offen.
Die Wochen der Selbstermächtigung, voller Wut und Freude, werden nicht mehr aus dem individuellen und kollektiven Gedächtnis der Revoltierenden zu löschen sein. Die Trostlosigkeit der kapitalistischen Normalität war kurzfristig durchbrochen. Die Hoffnung auf ein ganz anderes Ganzes flackerte auf.
International solidarisierten sich viele mit den Kämpfen in Griechenland, aber der Funke sprang nicht über.
Bis es hier soweit ist, werden wir uns, auch inspiriert von den griechischen Genoss_innen, bemühen, die Kräfteverhältnisse zu unseren Gunsten zu verändern.
Auf der Ebene der Aktion sprechen wir uns für die Verbreitung von "crash flash mobs" aus. Darunter verstehen wir, ergänzend zu den eher wahrgenommenen Aktionsformen der Demonstration oder der Kleingruppe, eine Organisierung von z.B. 10 bis 100 Menschen, die kurz und prägnant an einem Ort auftauchen. Dies könnte ein Supermarkt sein, eine Einkaufszone, eine Polizeiwache, eine Ausländerbehörde, ...
Also so etwas wie die schnelle Kurzdemo nach dem Natogipfel in Berlin Mitte im April, so etwas wie die Aktion gegen das Bezirksamt Nord während des Klima- und Antirassismuscamps in Hamburg, so etwas wie die Enteignungsaktion der Superheld_innen am Fischmarkt, so etwas wie heute. Das klingt wahrscheinlich einfach dahingesagt. Jede dieser Aktionen war sicher mit viel Angst und Überlegungen besetzt. Uns schlotterten heute ebenfalls die Kniee. Wir glauben aber, dass solche Interventionen sehr effektiv sind.
Auf dem Weg der Revolte/Revolution werden wir an handfesten Konfrontationen auch mit den Repressionsorganen nicht vorbeikommen. Da kann es manchmal besser sein, sie überraschend und gut vorbereitet anzugehen, als sich auf Demos von den Robocops den Kopf blutig schlagen zu lassen. Direkte Aktionen gegen Einrichtungen der Polizei nehmen zu. In Berlin haben beispielsweise Leute eine Wache in Lichtenberg angegriffen und Privatfahrzeuge der Bullen vor der Wache Hohenschönhausen angezündet.
Hier hat es die Wache 16 dieses Jahr schon zwei mal getroffen. Eine Wache, die bekannt ist für Misshandlungen, deren Beamt_innen u.a. für rassistischen Terror und die Vertreibung der Drogenszene aus dem Schanzenviertel verantwortlich sind. Wir werden uns hier bestimmt wiedertreffen, falls die Räumungsambitionen von Kretschmer und Co bezüglich der Roten Flora konkreter werden. Die Genoss_innen aus der Hafenstraße haben vor über 20 Jahren mal gesagt: "Wenn ihr räumt, holen wir die Russen." Wir sind fest davon überzeugt, dass bei einer Räumung der Roten Flora ein munteres internationales Völkchen aus allen Ecken Europas für eine fulminante unvergessliche Erfahrung sorgen wird!

Wir erinnern mit unserer Aktion an Einige, die von Bullen ermordet wurden und so oft in Vergessenheit geraten:
An Olaf Ritzmann (Hamburg 1980), Günter Sare (Frankfurt/Main 1985), Conny Wessmann (Göttingen 1989), Halim Dener (Hanover 1994), Carlo Giuliani (Genua 2001), Oury Jalloh (Dessau 2004), Alexandros Grigoropoulos (Athen 2008), Dennis (Schönfließ, Silvester 2008), Tennessee Eisenberg (Regensburg 2009), ...

Freiheit für die Genoss_innen, denen in Griechenland die Mitgliedschaft in der "Verschwörung der Feuerkerne" vorgeworfen wird!
Freiheit für Tobias aus Berlin!

KOUKOULOFORI







WER KEINE ANGST VOR DER VIERTEILUNG HAT, WAGT ES, DEN KAISER VOM PFERD ZU ZERREN

Einige ergänzende Anmerkungen zum Angriff auf die Lerchenwache

Als eine auch in HH organisierte Gruppe wollen wir ein paar Anmerkungen zu dem Angriff auf die Lerchenwache am 3. Dezember 2009, den sich daraus ergebenen Diskussionen und möglichen Repressionsschlägen machen. Wir waren weder an der Planung noch an der Umsetzung des Angriffs beteiligt, glauben aber, dass es notwendig ist, verschiedene Punkte öffentlicher zu diskutieren. Wir können es gut verstehen, dass die "Koukouloforis" erstmal nichts veröffentlichen.

Vorneweg: Wir fanden die Aktion richtig. Dieser Text ist keine Distanzierung. Uns sind im Nachhinein einige Gespräche und Diskussionen in der sogenannten Szene aufgefallen, an denen uns aber einiges gestört hat.
Als erstes wollen wir daran erinnern, dass jedes öffentliche Spekulieren, wer hinter der Aktion steckt, vollkommen hirnverbrannt ist und nur den Bullen nützt und daher einfach komplett zu unterlassen ist!

Wir wollen niemandem das Recht absprechen, die Aktion zu kritisieren oder einzelne Aspekte zu hinterfragen, damit die nächste Aktion noch besser wird. Wenn hinter einer Kritik allerdings nur steckt, militante Praxis überhaupt zu denunzieren, sollen die Leute das auch genauso formulieren.
Auf Indymedia tauchte sogar die absurde These auf, dass die Aktion von den Bullen inszeniert wurde, um an der Repressionsschraube drehen zu können. Ein anderer Standpunkt behauptet, diese Aktion habe nichts weiter als Repression gegenüber der gesamten Linken zur Folge. Ihre Protagonisten sind vermutlich ganz zufrieden mit den politischen Verhältnissen und haben sich in ihrer Rolle als verbalradikale Linke bestens etabliert und arrangiert. Mit solchen Argumenten wird militante linksradikale Politik seit fast 40 Jahren angegriffen und denunziert. Eine politische Strategie, die militante Interventionen nur in Abhängigkeit von staatlicher Repression begreift, hat nichts weiter zum Ziel, als die Verhältnisse so zu lassen, wie sie sind. Wenn nämlich Militanz und militante Aktionen nur als Reaktion auf Schweinereien der Herrschenden für sinnvoll gehalten werden (wenn überhaupt…), bleiben wir auf eine defensive Sicht auf die Welt und den eigenen Perspektiven darin reduziert.
Wenn wir von Repression betroffen sind, sind wir nicht Opfer, denn als militante Linke organisieren wir uns gegen diesen Staat und gegen die herrschenden Verhältnisse. Wir werden auch weiterhin offensiv agieren und militante Aktionen nicht nur dann akzeptieren, wenn sie sich als Reaktion auf Ereignisse vermitteln.
Die einzige öffentliche Darstellung der Ereignisse stammt von den Bullen. Alle Medienberichte beziehen sich auf diese Darstellungen der Hamburger Polizei bzw. inzwischen auf die der Bundesanwaltschaft. Diese Darstellungen verfolgen vor allen Dingen ein Interesse: Die Aktion soll mit allen möglichen Adjektiven von "terroristisch" bis "menschenverachtend" denunziert werden, damit niemand auf die Idee kommt, sich mit den Inhalten auseinanderzusetzen. Gleichzeitig läuft schon jetzt die propagandistische Vorbereitung für einen massiven Repressions- und Kriminalisierungsschlag.

Tötungsdelikt???

Mit großem Medientamtam haben die Bullen von Anfang an behauptet, der Angriff stelle den vorsätzlichen Versuch der Tötung von Bullen dar. Erstens, weil zwei von ihnen mit Steinen beworfen worden seien. Zweitens sollte, so die Darstellung, die Wache in Brand gesteckt werden, nachdem die Bullen von den Genoss_innen eingesperrt worden waren.
Beide Darstellungen widersprechen unseren Erfahrungen und dem gesunden Menschenverstand.
Offensichtlich sind Steine in die Richtung der beiden Bullen geworfen worden, die aus dem Haupteingang und der Tiefgarage versuchten, auf die Straße vor der Wache während der laufenden Aktion zu gelangen. Ganz offensichtlich sind zwar Scheiben kaputtgegangen, aber es ist kein Polizist verletzt worden. Hier ist die Darstellung der Bullen und Medien in sich widersprüchlich. Wer aus mehreren Metern Entfernung wirft, um zu verletzen oder sogar töten zu wollen, trifft auch oder wählt von vornherein andere Mittel. Die beiden auftauchenden Bullen sollten eingeschüchtert und vertrieben, ganz sicher aber nicht schwer verletzt oder gar getötet werden. Und dies ist auch ohne Verletzungen gelungen!!

Es sind zwei Streifenwagen in Flammen aufgegangen und ein Müllcontainer wurde brennend vor die Tiefgaragenausfahrt geschoben, anscheinend um den Weg zu versperren, aber sicher nicht, um die Wache anzuzünden. Am Haupteingang wurde versucht ein Fahrradschloss anzubringen. Das Versperren dieser beiden Ausgänge sollte, davon sind wir überzeugt, die Zeit zum Abhauen verlängern. Dafür spricht auch der Einsatz von z.B. Krähenfüßen, um die Flucht zu decken.
Der Vorwurf eines Tötungsdelikts durch Brandlegung gilt nur der Repressionspropaganda, denn die Lerchenwache verfügt über zwei weitere Ausgänge, die nicht versperrt waren. Außerdem ist es technisch so gut wie unmöglich, dieses Gebäude von außen in so kurzer Zeit nachhaltig in Brand zu setzen, zumal auch offensichtlich keine Brandsätze durch Fenster geworfen worden sind. Also alles Blödsinn...
Wir nehmen es der BAW nicht übel, sich diesen Vorwurf auszudenken. Damit legitimiert sie schließlich in einem durchsichtigen Manöver sich und ihre Arbeit. Weitaus negativer bewerten wir die Rolle der Presse, die sich mit einem unhinterfragten Übernehmen der Bullenversion zum politischen Erfüllungsgehilfen des Apparates macht. Anders gesagt: die Presse in Hamburg lügt wissentlich über die Aktion. Nicht neu, aber wir wollten es nochmal sagen.
Ekelerregend wird es, wenn innerhalb der Linken auf Basis von Staatsschutzlegenden die Aktion kritisiert wird.
Wir glauben, dass es einen Konsens innerhalb der militant agierenden Linken ist, mit solchen Aktionen Menschen nicht vorsätzlich zu schaden und die Gefährdung Unbeteiligter auszuschließen und dass die Aktion am 03.Dezember 2009 genau unter dieser Voraussetzung lief.

Hilferufe??

Viele fragen sich, was es wohl mit angeblichen Hilferufen auf sich hat, mit denen die Bullen, so die Medien, "herausgelockt" werden sollten. Auch hier wird unhinterfragt die Bullenversion von einigen für bare Münze genommen. Wir stellen hier mal einige mögliche Versionen vor. Die schlichteste Variante wäre, die Bullen haben dieses Element der Geschichte erfunden, um den Ablauf aufregender zu machen. Vielleicht gab es aber tatsächlich so etwas in der Art von Hilferufen. Vielleicht wollten Passant_innen mit Schreien die Gruppe von Aktivist_innen in die Flucht schlagen, schließlich waren gegen 23 Uhr noch viele Leute auf der Straße unterwegs.
Vielleicht war es auch die Auseinandersetzung mit dem Zeugen, der plötzlich bei der Version der BAW aufgetaucht ist und angeblich von jemandem aus der Gruppe verscheucht wurde.
Aber mal ehrlich, wieso sollte überhaupt die Gruppe die Bullen auf die Straße lokken, wenn sie doch in aller Ruhe die Autos abbrennen wollte und eher ungestört sein wollten? Niemand lockt doch die Bullen heraus, um dann, wenn sie kommen, schnell mit einem Fahrradschloss die Tür zu blockkieren. Hier widerspricht sich die Bullenversion in sich so deutlich, dass wir der Meinung sind: Quatsch mit Panikmache zur dramaturgischen Aufbereitung!!

Und??

Also reduzieren wir alles mal um die Propaganda von Bullen, Medien und nun auch BAW, bleibt übrig, dass eine größere Gruppe Genoss_innen wohlüberlegt zwei Streifenwagen angezündet hat und diverse Scheiben der Wache 16 zu Bruch gegangen sind. Direktes Eingreifen von Bullen vor Ort ist ohne Verletzte verhindert worden und niemand ist erwischt worden. Ok, es gab wohl auch noch den einen oder anderen platten Reifen durch Krähenfüße.....
Die Bullen sind durch den Angriff komplett verunsichert. Eine Aktion dieser Qualität war für sie bis jetzt nicht absehbar. Deswegen läuft jetzt diese massive Propaganda. Bei Bepos, Staatsschutz und Verfassungsschutz sind jetzt vermutlich alle in hektische Aktivitäten verfallen. Dass so viele Leute eine Aktion dieser Form vorbereitet und gezielt durchgeführt haben, stellt den Repressionsapparat vor die nicht kalkulierbare Möglichkeit, dass sich solche Aktionen auch an anderen Wachen jederzeit künftig wiederholen können. Es war kein spontanes Ereignis, wie beim Schanzenviertelfest, noch war es eine nächtliche Aktion einer klandestinen Kleinstgruppe, die unter absoluter Minimierung des Risikos agierte. Das Ziel war kein abgelegenes Bürogebäude, sondern eine der jetzt schon am besten gesicherten Wachen in dieser Stadt. Sowas kann jede_r, wenn sich es jede_r vornimmt. Zusätzlich zu all' den nicht "aufgeklärten" Aktionen der letzten Jahre ist jetzt eine Situation entstanden, die ihnen über den Kopf zu wachsen droht.
Zur Zeit werden die meisten Einsätze der Streifenbullen in St. Pauli mit doppelter Stärke gefahren, weil sie befürchten in Fallen gelockt zu werden. Zusätzlich sind für alle sichtbar rund um die Uhr drei Züge Bereitschaftspolizei im Schanzenviertel eingesetzt und schikanieren die Menschen mit sinnlosen Personenkontrollen.

Warum??

Wir wollen noch einige Worte zu der veröffentlichten Erklärung verlieren. Die "Koukouloforis" haben die Aktion in erster Linie mit den Jahrestag der Ermordung von Alexis in Griechenland erklärt und nur wenige Zeilen zur Bedeutung der alltäglichen polizeilichen Repression hier in Hamburg oder der BRD geschrieben.
Wir fanden die Beschreibung der Lerchenwache als Symbol für "rassistischen Terror" unglücklich gewählt, weil nicht gesagt wurde, was damit konkret gemeint ist. Das wollen wir hier kurz ergänzen.
In den 90er Jahren waren Bullen der Lerchenwache an unzähligen rassistischen Übergriffen beteiligt. Grundlose Festnahmen von afrikanischen Menschen waren an der Tagesordnung. Vielfach folgten Misshandlungen und Schlägereien. Die Spitze waren mehrere Scheinhinrichtungen, durchgeführt von Bullen der Lerchenwache und der Wache 11an der Kirchenallee.
Angeblich wurden nach dem Polizeiskandal rassistische Strukturen durch politisches Eingreifen zerschlagen. Aber während der Vertreibung der Drogenszene Ende der 90er bis 2002 haben sich auch vor allem Beamte der Lerchenwache mit rassistischen Kontrollen hervorgetan, um die Gleichung "Afrikaner = Dealer" gleichzeitig auszunutzen wie auch einen rassistischen Konsens weiter durchzudrücken. Tatsächliche Verfolgung und juristische Aufarbeitung der systematischen Polizeigewalt hat es nicht gegeben, die meisten der damaligen Akteure sind noch immer im Dienst und der alltägliche Rassismus setzt sich konsequent fort.
Der Angriff auf die Lerchenwache hat zeitgleich und passend zur Innenminister-Konferenz in Bremen stattgefunden, auf der vom Hamburger Innensenator Ahlhaus angeregt wurde, Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamt_innen härter zu bestrafen und ein riesiger Wirbel um eine angeblich zunehmende Gewalt gegen Bullen inszeniert wurde. Gleichzeitig wird ständig ausgeblendet, in welchem gesellschaftlichen Kontext diese und andere Entwicklungen stattfinden und welche Rolle die Polizei im kapitalistischen Alltag hat oder wie polizeiliche Aufgaben umgesetzt werden.
Die Politik beschreibt Polizei gerne als die Kraft, die beschützt und hilft: wertneutral und für alle gleich. Angesichts einer staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung hin zu autoritärer und repressiver Reglementierung aller Lebensbereiche, kommt der Polizei aber vor allen Dingen die Rolle zu, Herrschaftsinteressen abzusichern und gesellschaftlichen Widerspruch repressiv zu beantworten, egal, was dieses staatliche System tut.
Ökonomische Krise, Verarmung, Hartz IV,

zusammenbrechende Gesundheitsversorgung etc. führen aber Menschen zur radikalen Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols.
Ahlhaus hat dabei eine zunehmende Brutalisierung von Polizeieinsätzen zu verantworten. Exemplarisch sei hier an den Angriff auf das Schanzenviertelfest am 4. Juli 2009 erinnert, als Wasserwerfer und knüppelnde Bullen in ein tanzendes Fest gestürmt sind. In den vergangenen 2 Jahren hat es auffällig mehr und mehr Schwerverletzte nach Polizeieinsätzen gegeben. Ein Schädelbruch am 1. Mai 2009, ein weiterer am 12. September 2009 bei den Schanzenviertelfestauseinandersetzungen. Auch bei der Stürmung des "Jolly Roger" am 12. September gab es Schwerverletzte. Zudem hat am 04. Juli ein Mensch durch einen Wasserwerfereinsatz aus nächster Nähe ein Auge verloren. Bei der Antirepressionsdemo im Dezember 2007 gab es mehrere Schwerverletzte u.a. durch einen zum Kopf ausgeführten Tonfaschlag, bei dem ein Ohr zur Hälfte abgerissen wurde.
Aber es geht um mehr als brutale körperliche Übergriffe. Zunehmend setzt die Polizei mit politischer Rückendeckung sogenannte bürgerliche Freiheiten außer Kraft. Der Ermittlungsausschuss Hamburg hat zum Beispiel erklärt, dass die Polizei Festgenommenen systematisch den Kontakt zu Anwält_innen herauszögert oder unmöglich macht.
In diesem Zusammenhang sehen wir die Intervention vom 03. Dezember 2009, indem sie deutlich macht, dass militanter linker Widerstand politische Verantwortliche benennt, gesellschaftliche Zusammenhänge offenlegt und in direkten Aktionen exemplarisch angeht.

Wir begreifen den Angriff auf die Lerchenwache also als offensive Aktion gegen einen autoritären - präventiven Sicherheitsstaat.
Weiter so!

Gruppe "Immer Ärger im Revier"





Ein erster Schritt, der auf Vertiefung wartet
autonom kongress - ein Rückblick

Eindrücke vom autonom kongress. 250 bis 300 Menschen kamen in Hamburg für zweieinhalb Tage zusammen um miteinander zu diskutieren, Positionen auszutauschen, sich zu informieren und einfach mal wieder bekannte Gesichter aus anderen Städten zu treffen. Lange überfällig schien dieses Treffen, wo sich mal Zeit genommen wird, um grundsätzliche Fragen autonomer Politik zu besprechen. Immer wieder wurde der Autonomie Kongress 1995 erwähnt, bei dem sich damals noch 2000 Autonome die Köpfe heiß geredet hatten. 14 Jahre musssten erst vergehen, damit mensch wieder einmal autonom zusammen kam. Kommt autonome Politik ohne eine grundsätzliche Debatte zur Politik aus. Es scheint fast so zu sein. Viele tummeln sich auf der Straße, in ihren Autonomen Zentren und bei großen Mobilisierungen. Die großen Mobilisierungen, wie z.B. 1988 zum IWF in Berlin, die zeitweise fast jährlichen Proteste gegen den Castor, von 1998 bis 2003 die antirassistischen Grenzcamps, 2002-2009 Mittenwald und 2005-2007 die dissent-Mobilisierung gegen den G8 in Heiligendamm, waren immer auch Orte wo überregional zusammen gekommen wurde und auch grundsätzliche Fragen autonomer Politik besprochen wurden. Dennoch, wie das bei der Vorbereitung von konkreten Aktionen so ist, gab es immer Zeitdruck und dieser lässt bekanntlich inhaltliche Debatten hinten runter fallen. So gab es viele Diskussionen, die hochspannend angeschnitten wurden und dann wegen des Organisierungsdrucks jäh abbrachen. Dazu kommt, dass viele Aktive einen Bereich haben, in dem sie verstärkt Politik machen, die sogenannte Teilbereichspolitik. In diesen Teilbereichen wie Antifa, Antira, Antirep., Antisexismus, Antimilitarismus, soziale Kämpfe, Gentrifizierung/Stadtteilarbeit und Anti-Atom/Klimapolitik führen sie dann tiefgehende De-



batten und haben ne Menge Ahnung und Wissen. Doch hier läuft dann vieles auch nebeneinander her. Es fehlt also an einem Ort für Grundsatzfragen. Dies kann auch nicht von Publikationen und Debatten in den Medien von Interim bis Indymedia ersetzt werden. Es ist schon was anderes wirklich zusammen zu sitzen, sich face to face zu sehen und sich aufeinander bezie-

hen zu können. Jetzt war er also da, dieser Ort der grundsätzlichen Verständigung. Viele waren erst gar nicht gekommen, da sie keinen Drang verspürten Grundsätzliches zu besprechen, es gab bei Vielen, die zu Hause blieben dieses Bedürfnis gar nicht. Viele die kamen sagten: Ich verspreche mir nicht so viel davon, hab kaum Erwartungen. Andere wiederum waren sehr gespannt oder begierig sich auszutauschen. In dem Zusammenhang wurde auch immer wieder der Großstadt-Stadt-Land Unterschied angemerkt. Viele in der Stadt haben es eben viel einfacher sich zu treffen, zu vernetzen und Orte der Diskussion zu organisieren. Hier wurde auch immer wieder auf die Autonome Vollversammlung in Berlin verwiesen, die sich monatlich seit der G8-Mobilisierung 2007 trifft. Nun gibt es auch seit dem Sommer 2009 eine Autonome FrauenLesbenTrans VV in Berlin. Um ein Ergebnis des autonom kongress vorweg zu nehmen, es gab immer wieder den Willen und die Bekundung Autonome Vollversammlungen in verschiedenen Städten und Regionen zu gründen. Ebenso die Absicht sich überregional in großer Runde in einem halben oder einem Jahr wieder zusammen zu finden. Mensch darf gespannt sein.

Doch nicht nur das Fehlen von Zusammenkünften, auch eine Lücke zwischen den Jungen und den Alten wurde immer wieder bemerkt und scheint mitverantwortlich für einen fehlenden Geschichtsbezug. Debatten, die vor Jahren schon einmal geführt worden, werden nicht weitervermittelt. Die Jungen fangen immer wieder von vorne an. Als ob sich Debatten deswegen kaum weiter entwickeln können, so schien auch das in Hamburg Besprochene in vielen Punkten ganz am Anfang zu stehen. Erschreckend deutlich wurde das in der Sexismus Debatte in dem Themenschwerpunkt „Alltagspraxis, interne Machtverhältnisse, Kommmunikation". Viele der Älteren standen verblüfft da, viele feministische Personen gingen raus und wollten sich das nicht antun oder verstanden sich als Beobachter_innen. (Es ist eine politische Praxis von einigen Feministinnen, sich in der gemischten Szene nicht in Sexismus Debatten einzumischen, da die „Gemischten" diese Arbeit schon selbst machen sollen und sich (einige) Feministinnen nicht an der „Gemischten" abarbeiten wollen. Stattdessen kommen sie als Beobachterinnen.) In Sachen Antisexismus scheinen wesentliche Grundlagen zu fehlen, als hätten sich viele noch nie mit der Thematik beschäftigt. Dies gipfelte in einer Debatte, ob Männer auch Sexismus erfahren, mit Beispielen wo Männer schon mal von Frauen (und Feministinnen) ausgelacht oder angemotzt worden sind, bis hin zu Beschreibungen, wo weiße Männer schon mal Rassismus erfahren haben, z.B. in der Bronz in einem schwarzen Club von Schwarzen angemotzt worden. Diese Debatte ist ein seit Jahren bekannter Klassiker, wenn Menschen über Sexismus diskutieren, dann kommen Männner gerne schnell zu der Umkehr, aber ich erfahre auch Sexismus, Frauen sind auch sexistisch. Dieser Umkehr-Effekt kriegt dann ganz viel Raum, das lenkt auch schön davon ab, sich mit alltäglichem Sexismus in den eigenen Strukturen oder bei einem selbst zu beschäftigen. (Mehr dazu siehe: Input Text: Sexistische Gesellschaftsorganisation http://autonomerkongress.blogsport.de)

Der Kongress hat gezeigt, dass autonome Politik immer noch nicht mit einem antipatriarchalen Kampf verbunden ist. Das ist ein ganz großes Manko, einmal werden die Autonomen dadurch unattraktiv und haben schon viele Genoss_innen verloren, auch werden sie ihrem eigenen emanzipativen Anspruch und dem Anspruch der Herrschaftsfreiheit nicht gerecht. Ebenso nutzen sie die Möglichkeiten für Veränderung nicht; es heißt: „Es gibt kein richtiges Leben im Falschen." Doch in Sachen Antisexismus wäre noch viel mehr Veränderung möglich.

Im II. Themenschwerpunkt ging es um "Strukturen, Bündnisse, Vernetzung und Organisierung". Immer wieder war zu hören, wir wollen offener werden. Also nicht nur Capi ins Gesicht und immer schön cool mit den Freunden rumstehen. Oder die autonome Identität wahren, nach dem Motto wer als erster mit ner Person spricht, die nicht richtig autonom rüberkommt, ist vielleicht selbst gar nicht richtig autonom. Nein, dass soll der Vergangenheit angehören, Freundlichkeit, Offenheit, auf die Menschen zugehen ist gefragt. Schön gesagt, fraglich bleibt trotzdem, ob das in größerem Umfang passiert. Reden mit den Leuten bedeutet auch auf Vorurteile und Spießigkeiten oder gar Rassismen reagieren zu müsssen, das ist nicht immer ganz einfach und macht oft keinen Spaß. Wie mit den Leuten diskutieren, wenn mensch vielleicht selbst noch gar keine gefestigte Meinung hat? Wie sich mit den Leuten auseinandersetzen ohne sie gleich ganz vor den Kopf zu stoßen und wo ist die Grenze, wo ist es angesagt konfrontativ zu werden und nicht mehr nett zu sein? Immer wieder wurden Beispiele erwähnt, wo es gut geklappt hat mit Leuten zusammen zu arbeiten, so z.B. bei Anti-AKW-Protesten, wo die Bevölkerung beginnt sich wegen der erhöhten Krebsraten zu wehren. In der Debatte taucht immer wieder eine Linie auf: Mit Leuten zusammenarbeiten Ja, mit Organisationen nicht unbedingt und erst recht nicht mit den Gewerkschaften und der Linkspartei. Hier wurde u.a. das Bild aufgebaut, dass Leute in Organisationen eh ihre feste Meinung hätten und wir die nicht für eine radikale Kritik gewinnen können. Doch ist das nicht zu starr gedacht. In der Mobilisierung zum Antira- und Klimacamp in Hamburg 2008 und zum UN Klima Gipfel 2009 in Kopenhagen arbeiten Autonome mit anderen Leuten und Organisationen zusammen, wie solid, attac, die bund jugend und die grüne jugend und die Leute lassen sich immer wieder von radikaleren Ansätzen, sowohl von den Forderungen, als auch von den Aktionen, inspirieren, mehr als sie es sonst so tun würden. Eine Radikalisierung findet statt. Dieser Effekt ist nicht zu unterschätzen. Bis wohin die Bündnispartner gewählt werden, ist je nach Mobilisierung und Situation unterschiedlich. Bei den Demos zur Finanzkrise im März 2009 ging das Bündnis bis zu den Gewerkschaften und emanzipativeren Kräften in der Linkspartei. Dies viel dem Bündnis an manchen Punkten auf die Füße, z.B. als nicht verhindert werden konnte, dass Lafontain auf der Demo in Frankfurt spricht. Da blieb nur das Eierwerfen. Trotz des ganzen Redens kam die Diskussion an einigen Stellen nicht so richtig auf den Punkt. Die Frage, ist eine spektrenübergreifende Zusammenarbeit gewollt oder nicht, wurde nicht so richtig besprochen. Nach dem G8 waren die Perspektiventage im Januar 2008 in Berlin und im Oktober in Hamburg ein Versuch spektrenübergreifend zusammen zu kommen, sich zu streiten und in Kontakt zu treten. Das Angebot wurde im Januar noch wahrgenommen (500 Menschen), u.a. auch von Leuten vom WBA (Wir bleiben Alle!) Häuserkampf in Berlin, im Oktober war das Interesse allerdings erheblich abgesackt (100 Leute). Doch warum wird sich von der Zusammenarbeit mit anderen Strömungen und Spektren so wenig versprochen, autonome Politik ist wirkmächtiger, als sie manchmal meint. Die Angst von anderen beeinflusst und verwässert zu werden, übersieht, dass wir andere beeinflusssen und radikalisieren. Das Thema Bündnisse bekam viel Raum in dem Schwerpunkt und das Feld Organisierung fiel dabei hinten runter. Dies bedauerten einige am Schluss. Immer wieder wurde angemerkt, die Zeiten, in denen sich viele autonome Kleingruppen einfach so bilden, haben sich verändert. Autonome Organisierung ist kein Selbstgänger. Es fehlt immer wieder an Strukturen wie überregionalen Treffen oder Vollversammlungen.

Die Eingangs erwähnte Debattenlücke zeigte sich auch in anderen Fragen autonomer Politik. Zwar wurde am Freitag zur Er-

öffnung sehr schön dargelegt, wie die Autonomen entstanden sind und was die Basis ihrer Politik ist. (Von dem sexistischen Zwischenfall abgesehen.) Von Selbstorganisierung war die Rede, vom Unabhängigsein von staatlichem- oder Parteien-Einfluss. Von Kollektivität und Konsens wurde gesprochen, dass die Meinungen nicht einer Mehrheit (Mehrheitsgesellschaft) untergeordnet werden. Mit Aktionismus, Politik auf der Strasse und nicht in den Konferenzräumen, mit Freiräumen, gelebter Kollektivität, Autonomie und Herrschaftsfreiheit ging es weiter. Doch wie und ob sich autonome Strategien verändert haben, ob die heutigen Verhältnisse (keine Kohl-Ära, keine Ost-Westblöcke, eine globalisierte Welt, kein Wohlfahrtsstaat BRD mehr, brüchiger Neoliberalismus, sich Umgruppierende globale Machtverhältnisse (wirtschaftliche Schwäche der USA, mächtigere Schwellenländer, finanzstarkes China), sich zuspitzende Militarisierung) nicht anderer Politiken bedürfen. Eine Analyse der Verhältnisse und eine Strategiebestimmung mit der Frage, wo wir künftig den Hebel ansetzen, fand nicht statt. Hier stachen alleinig zwei Vorschläge heraus. Ein „Diskussionspapier für einen neuen Aufbruch in die Fröste der Freiheit" das eine Aufstands-Idee vorschlägt, die sich von den Ereignissen in Frankreich und Griechenland inspirieren ließ (siehe http://autonomerkongress.blogsport.de). Es fordert zum einen dazu auf offener zu werden und stärker auf die Leute zuzugehen, in der Annahme, dass viele so denken wie wir. „Die Perspektive lebenslänglicher Lohnarbeit, um dann doch allein zu verrecken und krank zu sein, ist einfach zu furchtbar." Es geht darum direkt mit den Leuten zu reden. Das Papier geht sogar noch einen Schritt weiter und meint, wir müssten uns von der subkulturellen Selbstbezogenheit abkehren, dadurch erlägen wir auch nicht weiter der Gefahr der Isolation oder der Avantgard. Stattdessen geht es darum mit den Leuten in der sozialen Konfrontation direkt am Punkt der Auseinandersetzung zusammen zu stehn. Weiter „Eins ist klar: Aufstände lassen sich nicht organisieren, Riots lassen sich organisieren." „… Und doch ermuntern uns die Entwicklungen der letzten Jahre dazu, einen Aufstand in unserem Sinne, eine neue kämpferische Internationale perspektivisch für möglich zu halten." Ein anderer orschlag knüpfte an die Zahltage in Köln an und schlug vor unseren eigenen Alltag und unsere Geldbeschaffung wieder stärker zu politisieren, ob beim Job oder im Jobcenter. Diesen grundlegenden Knuten des Kapitalismus nicht alleine zu begegnen, sondern praktische Solidarität zu leben, wie gemeinsam zum Amt zu gehen, andere zu unterstützen und Geld zu teilen. Über die Möglichkeit gelebter Solidarität hinaus, die Orte kapitalistischer Unterjochung auch für Widerstand zu nutzen und den Hebel da anzusetzen, wo es viel Unzufriedenheit von Leuten gibt und Verteilungs- und Eigentumsfragen Punkte einer kämpferischen Auseinandersetzung sein könnten. Beide Vorschläge konnten jedoch nur andiskutiert werden und standen etwas unverbunden im Raum qua fehlender Analyse der Verhältnisse und fehlender Einbettung in die Landschaft autonomer Strategien und Politikansätze. Um dies nachzuholen bedarf es mehr Zeit und die soll sich laut Willenbekundung auch genommen werden u.a. auf einem nächsten Kongress. Doch dazu bedarf es auch Diskussionen im Vorfeld, nicht nur z.B. auf der autonomen VV in Berlin, sondern auch in unseren Gruppen, an den Küchen- und Kneipentischen. Wir dürfen gespannt sein.

Sabine Beck (six hills berlin)

2010 fängt gut an:
autonome Vollversammlung
am 15. Februar um 19.30 in der Roten Flora*

**bewegt sich was?
wir hoffen ja!**

Längst ist es auf Demos nicht mehr so, dass mensch jedes Gesicht kennt. Zum Glück! Aber woher kommen die ganzen Leute? Und vor allem: wohin wollen sie? Wollen wir vielleicht auch dahin? Und wie kommen wir zusammen?

Wir sind einige Gruppen aus der linksradikalen Szene, die nach dem überregionalen "Autonom-Kongress" im Oktober 2009 in Hamburg fanden, dass es auch eine lokale Variante des Zusammenkommens geben könnte. In Berlin gibt es recht gute Erfahrungen mit monatlichen Vollversammlungen. In Hamburg ist ein Versuch dazu nach dem G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 im Sande verlaufen - aber wir hoffen, dass es jetzt klappt.

Die autonome Vollversammlung ist ein Versuch: es geht uns darum, Gruppen und Einzelpersonen aus dem ganzen Spektrum der linksradikalen, undogmatischen Szene zusammenzubringen. Zwar gibt es bereits unterschiedliche Vernetzungen in den einzelnen Teilbereichen, aber wir wollen auch die Teilbereiche vernetzen. Weil wir als radikale Linke auch gerne einmal über den Tellerrand der eigenen Politiksparte hinausgucken. Wir wollen Diskussionen und Auseinandersetzungen nicht nur in den eigenen kleinen Gruppen, sondern wir wollen sie mit vielen führen. Mit Gruppen und Einzelpersonen aus dem Antira-, dem Antifa-, dem Antigentrification-, dem Antimilitarismus- oder anderen Spektren und Teilbereichen linksradikaler Politik. Weil wir nicht beim Reden um des Redens willen stehen bleiben wollen. Und weil wir uns kluge Ideen erhoffen, von den Leuten, mit denen wir nicht eh schon immer zusammenhocken.

Deshalb bereiten wir das Treffen im Januar vor und werden uns auch um die ersten Folgetermine kümmern. Danach sollte die AVV dann "von selbst" laufen, d.h.: wir schlagen vor, dass an jedem 15. eines Monats eine VV stattfindet, damit der Wochentag wechselt, und wir haben auch ein paar Ideen, wie eine Struktur dafür aussehen könnte. Das wollen wir Euch im Januar gerne vorstellen.

* mit Heizung - versprochen!

Interview zur autonomen VollVersammlung in Hamburg
15. Februar 19:30 Uhr in der Roten Flora (jeden Monat am 15.)

Beim Thema autonome VollVersammlung denken sicher die meisten zuerst einmal an Berlin, wo das Konzept AVV schon seit längerem Erfolge für sich verbucht. Nun ist im neuen Jahr auch in Hamburg eine AVV geplant. Wir sprachen über die Hintergründe und mögliche Perspektiven dieser Initiative:

Frage: Woher kommt die Idee zur autonomen VV?
Nach dem Autonomenkongress, der ja im Oktober in der Flora stattfand, hatten wir, verschiedene Gruppen aus Hamburg, den Eindruck, das viele Leute Lust haben sich auszutauchen und zu diskutieren und das gerade wieder mehr passiert in dieser Richtung. Auf Demos sind viele Leute, von denen mensch gar nicht weiß, woher sie kommen und vor allem, wohin sie wollen und was sie für Politik machen. Wir machen immer wieder die Erfahrung, das sich verschiedene Generationen, jung und alt, kaum kennen und wenig ins Gespräch kommen. Bei Bündnistreffen zu konkreten Aktionen gibt es immer Zeit- und Organisierungsdruck und die inhaltlichen Debatten, die z.T. spannend angeschnitten werden, müssen abgebrochen werden. Dazu kommt, das viele Aktive einen Bereich haben, wie z. B. Antifa, Antirepression, Antisexismus, Antiatom, … in dem sie verstärkt Politik machen. Dieses ist natürlich total gut und wichtig, aber die einzelnen Teilbereiche kommen selten zusammen und es fehlt ein Ort um sich auszutauschen und Grundsatzfragen zu diskutieren, diesen wollen wir hiermit schaffen.
Die Erfahrungen aus Berlin, wo es seit Mai 2007 eine autonome VV gibt, zeigen, das es funktioniert. Hier treffen sich monatlich verschiedenste Gruppen um sich auszutauschen, Texte zu diskutieren und sich zu vernetzen.

Frage: Wer soll angesprochen werden?
Alle linksradikalen, undogmatischen Kräfte, die sich aber nicht zwangsläufig als Autonom verstehen müssen. Wir möchten sowohl Gruppen als auch Einzelpersonen einladen.

Frage: Was erhofft ihr euch von der AVV?
Ersteinmal natürlich, das viele Gruppen und Leute so wie wir Lust haben zu diskutieren und sich zu vernetzen und zahlreich in die Flora kommen. Es soll ein offener Ort sein, wo auch immer wieder neue Gruppen und Leute dazukommen können um sich kennenzulernen und Kontakte zu knüpfen. Die Vernetzung der verschiedenen Teilbereiche finden wir sehr wichtig. Ideen und Aktionen können sich gegenseitig vorgestellt werden und ein Austausch über aktuelle und anstehende Ereignisse stattfinden, hierfür möchten wir eine Disskussionstruktur schaffen, wo all dieses möglich ist und noch viel mehr… Perspektivisch vielleicht auch gemeinsam Politik machen, aber erstmal klein anfangen.

Frage: Es gab in den letzen Jahren schon mal einen Versuch, was waren damals die Probleme?
Ja, es gab 2007, nach dem G8- Gipfel in Heiligendamm, schon mal einen Anlauf zu einer autonomen VV, die nach wenigen Treffen leider wieder eingeschlafen ist. Dieses lag an der mangelnden Beteiligung von Gruppen und es war zu unbestimmt, was mit diesen Treffen gewollt wurde.

Frage: Wer soll die AVV tragen?
Der Vorbereitungskreis besteht aus mehrern Gruppen, die gerade dabei sind, die ersten Termine inhaltlich vorzubereiten, danach muss sich jedes Mal für die nächste VV eine Gruppe finden, die die Vorbereitung übernimmt. Dieses Konzept braucht natürlich viele Gruppen, die das als ihr Projekt begreifen und Lust haben sich einzumischen und mitzuarbeiten.

Frage: Wie soll so eine autonome VV konkret aussehen?
Die AVV findet immer am 15. eines Monats statt. In der Roten Flora um 19:30 Uhr. Beginnen werden wir im Januar an einem Freitag. So das durch wechselnde Wochentage nicht immer die selben nicht können.
Wie schon gesagt, übernehmen wechselnde Gruppen jeweils die Vorbereitung und die Moderation.
Unsere Vorschläge für eine feste Tagesordnung:
- Vorstellung der anwesenden Gruppen
- Aktuelles
-vorbereitetes Diskussionsthema
- Termine, Initiativen, Kampagnen werden vorgestellt, …

Frage: Was erwartet uns im Januar?
Im Januar wird erstmal natürlich um die AVV- Idee selbst gehen, was ich gerade gesagt habe sind ja nur Vorschläge. Dieses ist dann auch das Diskussionsthema für den Abend: Einige Gruppen sind dabei dieses inhaltlich vorzubereiten und es sind alle aufgerufen, sich hier Gedanken zu machen und einzumischen. Wir hoffen, viele von euch in der Flora zu sehen. (beheizt!)
Informiert euch im Internet und achtet auf Flyer



Zur Verhaftung von Verena Becker

Artikel erschienen im Gefangenen Info 350 + 351

Am 28. August 2009 wurde sie wegen angeblicher Beteiligung an der Aktion der RAF aus dem Jahre 1977 gegen Buback erneut verhaftet. Dieser Artikel will ein bißchen die Hintergründe beleuchten, die in der herrschenden und teilweise auch in den linken Medien rausfallen.

Verena Becker wurde am 3. Mai 1977 (kurz nach der Erschießung des Generalbundesanwalts Siegfried Buback am 7. April) zusammen mit Günter Sonnenberg als Mitglied der RAF in Siegen verhaftet. Da sie sich bei der Festnahme mit Waffen wehrten, wurden beide später wegen "mehrfachen Mordversuchs" an Polizeibeamten zu "lebenslänglich" verurteilt.

Die Aktionen der RAF im Jahre 1977 zielten vor allem auf die Befreiung der Gefangenen aus der RAF ab.

Um diesen, in den Medien oft verzerrt dargestellten Sachverhalt, in den entsprechenden Kontext zu stellen, möchten wir im Folgenden zumindest einige Zusammenhänge klarstellen:

Die Haftbedingungen, denen die Gefangenen aus der RAF ausgesetzt waren, werden gerne ausgeblendet. Zum einen, weil sie nicht in das "demokratische" Image der kriegführenden BRD passen, zum anderen, weil sie weiter angewendet werden, wie z. B. gegen türkische Gefangene, die wegen § 129b inhaftiert sind.

Von Anfang an wurden die Gefangenen aus der RAF drakonischen Maßnahmen ausgesetzt, die auch als "weiße Folter" bezeichnet werden, weil sie keine sichtbaren physischen Spuren am Körper hinterlassen. Selbst die UNO hat die Isolationshaft als Folter geächtet. Sie dient der sensorischen Deprivation und sozialen Isolation, die auf das Aushungern der Seh-, Hör-, Riech-, Geschmacks- und Tastorgane zielt und dadurch zu lebensgefährlichen Zuständen führen kann. Diese Sonderhaftbedingungen gehen an keinem der Gefangenen spurlos vorbei, so dass die Betroffenen noch nach Haftende von den Langzeitfolgen betroffen sind.

Die Isolation zielte also auf die Vernichtung dieser Inhaftierten ab. Die Gefangenen aus der RAF versuchten, sich mit kollektiven Hungerstreiks zu wehren und eine Zusammenlegung in Gruppen zu erkämpfen. Diese sollte auch einen besseren Schutz vor Übergriffen bieten. Deshalb hat es insgesamt 10 kollektive Hungerstreiks von Gefangenen aus der RAF gegeben. 9 politische Gefangene haben in den Jahren 1974 bis 1981 den Knast nicht überlebt.

Schon 1977 waren vier Gefangene an den direkten oder indirekten Folgen der Isolationshaft umgekommen:

- Im September 1974 starb Holger Meins bei seinem dritten Hungerstreik nach 8 Wochen infolge der Zwangsernährung.
- Bei der Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm, die der Befreiung der noch überlebenden isolierten Gefangenen dienen sollte, erlitt Siegfried Hausner schwere Verletzungen.

Trotz Warnung der schwedischen Ärzte verfügte die Bundesregierung einen Transport nach Stammheim, wo die Verletzung nicht behandelt werden konnte, so dass Siegfried ihr einige Tage später, im Mai 1975, zwangsläufig erlag.

Katharina Hammerschmidt stirbt 1975 in einem Krankenhaus in Westberlin an einem Tumor. Ihr war in der Untersuchungshaft die rechtzeitige Behandlung verweigert worden.

- Im Frühjahr 1975 begann der Prozess gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe in Stuttgart-Stammheim. Noch vor Prozessende wurde Ulrike Meinhof am 9. Mai 1976 erhängt in ihrer Zelle aufgefunden. Ihr Tod wurde von offizieller Seite als "Selbstmord" dargestellt, obwohl eine eine unabhängige internationale Untersuchungskommision zu einem gegenteiligen Ergebnis kam.

Soweit der Vorlauf bis 1977. Der gesamte Justizapparat, der dem Nationalsozialismus gedient hatte, war nahtlos von der BRD übernommen worden. Auch Siegfried Buback war Mitglied der NSDAP gewesen. In seiner Amtszeit als höchster Ankläger der Republik wurden die Gesetze und die Haftbedingungen verschärft, so dass er für den Tod der ersten vier Gefangenen aus der RAF eine starke Verantwortung trug. Vor diesem Hintergrund versuchten die Illegalen aus der RAF auch, das Gebäude der Bundesanwaltschaft anzugreifen sowie den Vorsitzenden der Dresdner Bank Jürgen Ponto zu entführen und kidnappten schließlich den "Boss der Bosse" Hanns Martin Schleyer.

Bei der Verhaftung von Verena Becker und Günter Sonnenberg wurde letzterer lebensgefährlich am Kopf verletzt und dadurch in den Stand eines Kleinkindes zurückgeworfen. Unter Knastbedingungen musste er elementare Dinge wie Schreiben und Lesen wieder erlernen. Bedingt durch die Hirnverletzung litt er unter epileptischen Anfällen. Trotz seiner Verhandlungsunfähigkeit wurde er am 26.4. 1978 zu "lebenslänglich" verurteilt und trotz seiner Haftunfähigkeitweiter insgesamt 15 Jahre eingesperrt.

Der damalige Ankläger, Bundesanwalt Lampe, hatte sich für "Isolation bis zur Vergasung" ausgesprochen. Über 30 Jahre später gab er zu, dass auf Grund seines Gesundheitszustandes gegen Günter damals nur 2 - 3 Stunden am Stück verhandelt werden konnte.

VerenaBecker war seit Anfang der achtziger Jahre nicht mehr Mitglied des Kollektivs der Gefangenen aus der RAF. 1989 wurde sie dann von dem damaligen Bundespräsidenten begnadigt.

Am 28. August 2009 wurde sie wegen angeblicher Beteiligung an der Aktion gegen Buback erneut verhaftet.

Die Verhaftung wurde von den Medien geradezu herbeigeschrieben, womit sie ihrer Rolle als Fahndungs- und Polizeiblätter mal wieder gerecht wurden. Die Bild spürte Verena Becker auf und fotografierte sie samt ihrem Wohnort. Focus schrieb noch in der Woche vor ihrer Verhaftung: "Wann packt sie aus...? Aus Angst vor einer erneuten Verurteilung [könnte sie] ihr Wissen über den Buback-Mord preisgeben […] schon damals galt sie als haftempfindlich".

Damit wird zugeben, dass sie wahrscheinlich auf Grund der harten Haftbedingungen Anfang der achtziger Jahre das Gefangenenkollektiv verließ. Gleichzeitig werden mit Hilfe des Kronzeugen Book weitere Festnahmen gefordert, wie in Bild vom 1.9.2009: "Wird jetzt auch Stefan Wiesniewski verhaftet?" Präsentiert wird ein aktuelles Foto samt Film, der Stefan Wiesniewski beim Einkaufen zeigt, der ins Netz gestellt wurde. Es werden aber noch weitere Namen für Festnahmen präsentiert von ehemaligen Militanten aus der Guerilla, die alle 15 Jahre und länger hinter Gittern waren.

Obwohl sich die RAF 1998 aufgelöst hat, ist es Konsens bei vielen ehemaligen Gefangenen aus der RAF, nichts zu sagen, d. h. dazu zu schweigen, wer an Aktionen beteiligt war und wie. So fremd ist dieses Verhalten auch für die heutige Linke nicht, denn auch "Anna und Arthur halten das Maul" gegenüber Polizei und Justiz. In Stasiakten soll stehen, dass Verena Becker schon Anfang der

siebziger Jahre mit westdeutschen Geheimdiensten zusammengearbeitet haben soll. Viele Medien stürzten sich auf diese Meldung, um zu unterstellen, dass die RAF von diversen Geheimdiensten unterwandert war. Was bedeuten würde, dass sie keine authentische Bewegung gewesen ist, sondern nur ein Spielball staatlicher Mächte. In diesem Sinne äußern sich jedenfalls Regina Igel und Markus Klöckner in der Jungen Welt oder Christoph Villinger in der Jungle World. In der Jungen Welt gibt es neben auch vielen guten justizkritischen Artikeln aber leider häufig auch verschwörungstheoretische, die alles, was links von ihrer Linie ist, diffamieren. So wurde ein Artikel, der z. B. G. Feldbauers Hypothese, die Roten Brigaden seien von diversen Geheimdiensten unterwandert, widersprach, nicht abgedruckt. Dabei handelt es sich um ein Interview von Maurizio Ferrai, der in den siebziger Jahren in den Roten Brigaden organisiert war, was in unserem Gefangenen Info Nr. 340 abgedruckt wurde. Neben Desinformation zu linken und militanten Bewegungen können solche JournalistInnen auch ganz gut von solchen Verschwörungstheorien leben.

Einige Linke fragen, warum nach 32 Jahren immer noch ein staatlicher Verurteilungswille besteht. Die Gazetten äußern sich dementsprechend, z. B. das Hamburger Abendblatt: "Nach 32 Jahren soll sie büßen" oder die FAZ: "Nicht erledigt". Die Frage ist nicht einfach zu beantworten. Die Klassenjustiz hat noch nach über 50 Jahren z.B. Erich Mielke wegen einer "Polizistenerschießung" festgenommen. Sie können die politische Dimension aus solchen Fällen herausfiltern, mit der Begründung, "Mord" verjähre nie. Verfolgung findet natürlich nur bei Aktionen gegen die bestehende Ordnung statt.

Die Angriffe der RAF stellten das staatliche Gewaltmonopol für die Bourgeosie in Frage. Viele Menschen aus linken Zusammenhängen identifizierten sich mit der RAF, wie eine unveröffentlichte Umfrage aus dem Jahre 1972 zeigte. Nach (offiziellen) Meinungsumfragen erklärten fast 20 Prozent der Erwachsenen, sie würden strafrechtliche Verfolgung in Kauf nehmen, um einen aus der RAF für eine Nacht bei sich zu verstecken. 1973 ergab eine Schülerumfrage, dass 15 Prozent der Schüler sich mit den Aktionen der RAF identifizieren.

Selbst noch nach der Erschießung von Buback freuten sich viele Linke nicht nur klammheimlich, wie die Jungle World am 3.9.2009 berichtete: "In einem Jugendheim in der schwäbischen Provinz floss Freibier."

Einige Linke reduzieren die RAF auf militärische Aktionen, was aber einfach nicht stimmt. Denn die RAF verkörperte für viele damals so etwas wie Befreiung, was nicht heißt, dass alle ihre Mittel gebilligt wurden, aber durch ihre Konsequenz und ihren Mut verkörperten sie Aufrichtigkeit und damit Anziehungskraft. Oder wie es Christoph Villinger in dem schon erwähnten widersprüchlichen Artikel in der Jungle World beschreibt: "Im kollektiven Gedächtnis der BRD haftet dieser rebellische Moment der RAF bis heute. Wer kennt die Politiker von 1977? Fast alle Jugendlichen aber kennen Ulrike Meinhof, Andreas Baader und Gudrun Ensslin."

Dies ist auch heute spürbar, wenn bedauert wird, dass es die RAF nicht mehr gibt.



Solidarität ist unsere Stärke?

Veranstaltungen zur Repression gegen migrantische und deutsche Linke

Mit den Veranstaltungen wollen wir über die laufenden Verfahren informieren und nach den politischen Hintergründen der verschärften Repression fragen. Was sind die gesellschaftlichen Entwicklungen, die zu einem immer repressiveren Umgang mit und zunehmenden Druck auf die Linke führen? Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede bestehen in der Repression gegen migrantische und deutsche Strukturen? Und wie kann die übliche Trennung zwischen ihnen aufgebrochen werden, um endlich eine gemeinsame Antwort auf staatliche Repression zu finden?

Juristische und politische Aspekte der § 129b-Verfahren

Eine Veranstaltung mit Beiträgen der Rechtsanwältin Britta Eder, die einen der Inhaftierten im 129b-Verfahren verteidigt, sowie der Antirepressionsgruppe Hamburg und dem Netzwerk Freiheit für alle politische Gefangenen (Hamburg).

Donnerstag - 21 Januar
19:30 Uhr - Kölibri
Hein Kölsch Platz 12 - Hamburg

Eine weitere Veranstaltung zu den §129b-Gefangenen, ihre Haftbedingungen und den Prozessverläufen findet im März statt! Achtet auf Ankündigungen!

Staatliche Repression scheint für viele Linke weit weg zu sein.
Mal ein überzogenes Polizeispalier auf einer Demo oder der ein oder andere Polizeiknüppel markieren den typischen Erfahrungshorizont. Vielleicht noch eine Hausdurchsuchung im näheren Umfeld oder von bekannten linken Räumen. Dass gerade in letzter Zeit immer wieder Leute im Knast landen, wird vielen erst langsam bewusst. Noch schwieriger und viel weiter weg scheint es zu sein, wenn nicht die eigene Szene betroffen ist.
In den letzten Jahren bekamen vor allem migrantische Linke die staatliche Represssion immer härter zu spüren. Der Staat bedient sich dabei einer breiten Palette an Paragrafen: Vom §129b (Mitgliedschaft/Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung) über Verstöße gegen das Vereinsgesetz bis zu Verstößen gegen das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) reicht das rechtliche Arsenal. Letztes bezieht sich auf finanzielle Kontakte zu Personen oder Organisationen, die auf der EU-Terrorliste geführt werden. Die Kriminalisierung zielt vorrangig auf bisher legale Unterstützungsarbeit mit linken Bewegungen in anderen Ländern. Besonders Gruppen aus der Türkei und Kurdistan sehen sich einem verstärkten behördlichen Verfolgungswillen ausgesetzt. Abseits einer größeren Öffentlichkeit fanden und finden mehrere Verfahren gegen türkische Linke statt, denen die Mitgliedschaft in der Revolutionären Volksbefreiungspartei/-front (DHKP-C) vorgeworfen wird. In Stuttgart-Stammheim kam es bereits zu Verurteilungen von 2 Jahren und 11 Monaten bis zu 5 Jahren Haft nach §129b. In Stuttgart laufen weitere Verfahren, ebenso in Düsseldorf. Gegen weitere 3 Gefangene wird es voraussichtlich im März zu Prozessen kommen. Die Angeklagten befinden sich in Untersuchungshaft. Sie sind durchweg 23 Stunden allein in ihrer Zelle, Briefe "verschwinden" oder werden beschlagnahmt, es hagelt Besuchsverbote und in Düsseldorf wurden Prozessbeobachter_innen verprügelt und zu Geldstrafen verurteilt. Der §129b-Gefangene Faruk Ereren bezeichnet das umfassende Isolationsprogramm als "Weiße Folter mit dem Ziel, uns zu zermürben". All das hat Ähnlichkeit mit den drakonischen Maßnahmen, denen die Gefangenen aus der RAF vor allem in den siebziger und achtziger Jahren ausgesetzt waren. Eine breite Reaktion auf die Verfahren ist dennoch weder in der bürgerlichen noch in der linken Öffentlichkeit zu vernehmen. Dabei nimmt im Zuge der Antiterror-Hysterie nach dem 11. September 2001 die Repression gegen migrantische Linke zu. Was zunächst nur islamistische Gruppen traf, wird längst gegen fortschrittliche und revolutionäre Organisationen angewandt. Ungeachtet des politischen Inhalts werden sämtliche Gruppen gleichgesetzt und unter den Generalverdacht des "Terrorismus" gestellt. Ob sie für ein reaktionäres Regime oder für demokratische Rechte und revolutionäre Veränderungen kämpfen, spielt in dieser Logik keine Rolle. Rechtliche Abkommen zwischen EU-Ländern und NATO-Partnern verleihen der Verfolgung dabei zusehends eine internationale Dimension. Gerade in Krisenzeiten rüstet die EU präventiv gegen jede Art von Widerstand auf. Dass sich die deutsche Linke bei der Solidarität mit politischen Gefangenen schwer tut, ist ein bekanntes Problem. Dies gilt insbesondere, wenn die Gefangenen aus der migrantischen Linken stammen. Es bestehen kaum Kontakte, die Vorurteile und Vorbehalte gegenüber Organisationsformen, Auftreten oder der politischen Ausrichtung der betroffenen linken Gruppen sind groß. Dass der Repressionsapparat an der migrantischen Linken oftmals das vorexerziert, was später die gesamte Linke trifft, wird dabei selten gesehen.

Mit den Veranstaltungen wollen wir über die laufenden Verfahren informieren und nach den politischen Hintergründen der verschärften Repression fragen. Was sind die gesellschaftlichen Entwicklungen, die zu einem immer repressiveren Umgang mit und zunehmenden Druck auf die Linke führen? Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede bestehen in der Repression gegen migrantische und deutsche Strukturen? Und wie kann die übliche Trennung zwischen ihnen aufgebrochen werden, um endlich eine gemeinsame Antwort auf staatliche Repression zu finden?



Notwendige Eingriffe in den Schienenverkehr - Ausblick 2010

Sie haben sich eingegraben hinter Wasergräben, Betonmauern und Elektrozäunen. AKWs gehören nicht erst seit 2001 zu den am stärksten gesicherten Industrieanlagen in der BRD, und es ist klar, wäre dies nicht so, würden die Anlagen durch Interventionen ihrer GegnerInnen abgeschaltet werden- sofort. Sie haben sich also in ihren Festungen eingeigelt, und nur selten, wenn es sich gar nicht mehr anders regeln lässt schicken sie den Atommüll übers Land, denn sie wissen wie angreifbar dieser ist. Nicht um sonst sorgte Jürgen Trittin dafür das es eigendlich keine Castortransporte mehr gibt. Er lies an fast jedem AKW Zwischenlager bauen und untersagte die Transporte in die Wideraufarbeitungsanlagen. Nur noch einmal im Jahr, wenn der heiße Müll aus Frankreich zurückkommt muss er sich von seiner verwundbaren Seite zeigen. 2010 wird dies vorraussichtlich wieder Anfang November sein, und die geneigte Leser_in täte gut daran, das Frühjahr schon einmal für ausgedehnte Spaziergänge im Wendland zu nutzen, um nicht nach den Sommerferien in hektische Aktivität ausbrechen zu müssen.
Gorleben ist zu einem Symbol geworden für eine gescheiterte Energiepolitik,die in einer Sackgasse festsitzt, und für den Widerstand dagegegen. Da kommt es der Atomlobby sehr gelegen das im westfälischen Ahaus eine baugleiche Halle steht, die (noch) nicht ganz so "verbrannt" ist. Doch auch hier sorgten Ende der 90er Jahre Castor-Transporte aus dem AKW Nekkarwestheim tagelang für wütenden Protesten. Castoren werden seit dem nicht mehr durch die Republik gefahren, aber Ahaus scheint gut genug zu sein für jedweden Schrott den der Atomstaat so anhäuft. Und nachdem Dieser lange zurückgehalten wurde, soll er 2010 massiv nach Ahaus geschafft werden. Aus der gescheiterten WAA (Wiederaufabreitungsanlage) in Karlsruhe beispielsweise, in der eine stahlende Atomsuppe seit Jahren fast vergessen herumdümpelt, aber auch aus dem havarierten Forschungsreaktor in Jülich, aus der Atomschrottpresse von Simpelkamp in Duisburg, aus den AKWs Mühlheim Kährlich und Würgassen, und Reste der Brennelementhüllen aus La Hague sollen nach Ahaus geschafft werden. Für Ortskundige hier die Transportstrecken: Aus Jülich kommend müssten die Transporte über Köln, Düsseldorf, Duisburg, Oberhausen, Bottrop, Gelsenkirchen, Recklinghausen nach Lünen. Con Würgassen geht es überAltenbeken, Paderborn, Soest und Hamm nach Lünen. Von Lünen geht es weiter über Dülmen und Coesfeld nach Ahaus oder aber über Hamm, Münster, Steinfurt und Gronau nach Ahaus. Ein breites Bündnis in Nordrhein-Westfahlen bereitet sich auf den Transporte-Sommer 2010 vor. Aktuelle Infos sind unter kein-castor-nach-Ahaus.de oder contratom.de zu finden.
Anfang er 90er Jahre sorgte die damalige Bundesumweltministerin Merkel noch dafür das dieser Müll im DDR Endlager Morsleben verschwand, eine "Option" die es heute angesichts des einstürzender Kammmern dort nicht mehr gibt.
Doch der Widerstand in Ahaus ist seit den 90er Jahren nie wirklich eingeschlafen, wohl auch weil nur wenige Kilometer entfernt die Urananreicherungsanlage Gronau zu einer der weltweit größten ihrer Art ausgebaut wurde. Regelmäßig wurde in den vergangenen Jahren der Abtransport hunderter Tonnen von Müll diese Anlage nach Russland blockiert. Menschen besetzten Bahnhöfe, Bahngleise, oder seilten sich zwischen Bäumen ab.
Neben den Transporten nach Ahaus und von Gronau weg gibt es zahlreiche Transporte zur UAA Gronau hin, die besonders Hamburg und Bremen betreffen. Ein erheblicher Teil des dort angereicherten Uranhexafluorids (UF6) wird über diese beiden Häfen im- und exportiert. Und auch hier wird es 2010 die Möglichkeit geben einzugreifen, und den reibungslosen Nachschub der Atomanlagen zu stören. Und wo wir im Norden schon einmal dabei sind muss an dieser Stelle auch auf die MOX-Transporte aus Sellafield verwiesen werden, die an anderer Stelle nocheinmal ausführlicher dokumentiert werden sollen. Diese "Wiederaufgearbeiteten" Brennelemnte enthalten im Gegensatz zu "frischen" Brennelementen rund 25 Kg Plutonium, und werden daher mit einem ähnlichen Aufwand transportiert wie Castoren. Schon für Herbst 2009 war ein solcher Transport von der WAA Sellafield ins Niedersächsische AKW Grohnde angekündigt, doch zunächst sollten die Bundestagswahlen ungestört stattfinden, und danach weigerte sich die Stadt Cuxhafen den Transport über ihr Gebiet zu akzeptieren. Als weitere Stadte haben sich bis dato auch Emden, Bremen und Bremerhafen gegen solche Transporte gewehrt, so dass nach Medienberichten der Transport nun über Nordenhamm laufen soll. Zu Hamburg schweigen sich sowohl Senat als auch Medien aus, und dies obwohl es mehrere Anleger für die britischen Spezialschiffe gäbe,und auch ansonsten alles was der Atomstaat zu bieten hat über den Hamburger Hafen läuft.Grund genug also sich auf einen MOX-Transport über Hamburg vorzubereiten. Nach dem bisherigen Stand der Vorbereitungen wird für den Transporttag zum Fähranleger Finkenwerder (Fährlinie 62 ab St. Pauli Fischmarkt) mobilisiert - achtet auf weitere Ankündigungen, denn wahrscheinlich wird der Transport im Frühjahr 2010 stattfinden.
Ach ja, und dann sollen 2010 auch noch die Reaktoren in Krümmel und Brunsbüttel wieder ans Netz gehen, dafür müssen aber noch neue Transformatoren herangeschafft werden, über die Elbe und dann auf der Strasse - achtet auf Ankündigungen.
Atomausstieg ist Handarbeit!

Normalbetrieb

Zum Jahresschluss nur gute Nachrichten
28.10.2009: RWE zieht sich nach massiven Protesten vom Bau des AKW Belene in Bulgarien zurück.
20.11.2009: Der staatliche türkische Energiekonzern hat eine Ausschreibung für den Bau eines ersten Atomkraftwerks wieder aufgehoben. Das Unternehmen reagiert damit auf eine Gerichtsentscheidung gegen Standortwahl und Kostenplanung für den Reaktor.
31.12.2009: Das AKW Ignalina, mit rund 1380 MW so groß wie das AKW Grohnde geht endlich vom Netz.
Aktuell und schon seit Jahren sind die AKWs Biblis A, Krümmel und Brunsbüttel vom Netz.

Aktion

Überaus erfreulich viele Aktionen gab es zum Jahresende
7.11.2009: Am dezentralen Aktionstag gegen Atomanlagen gibt es in mehr als 20 Städten Aktionen.
Auf der Bahnstrecke Lüneburg Dannenberg finden sich mehr als 100 Xe und Transparente zwischen den Bäumen, in Gedenken

an den vor fünf Jahren bei einem Castortransport getöteten Sebastien Briat.
In Lüneburg findet eine Kundgebung mit rund 150 Menschen statt. Weitere Aktionen gab es unter anderem in Ahaus, Münster, Berlin, Flensburg, Potsdam, Braunschweig, Bonn und Karlsruhe.

21.11.2009: Rund 2000 Menschen demonstrieren in Ravensburg gegen Atomanlagen, mit dabei zwei Sambagruppen und mehrere Traktoren

23.11.2009: Unbekannte zünden mehrere Deutsche-Bahn-Autos an
Es wirkte wie eine konzertierte Aktion: Mehrere Fahrzeuge der Deutschen Bahn sind in Berlin und Hamburg in Flammen aufgegangen. In Berlin-Lichtenberg brannten vier Kleintransporter, ein weiterer wurde beschädigt. In Hamburg entstand Totalschaden an fünf Fahrzeugen, ein weiterer Wagen wurde beschädigt. Bei zwei Zeitungen ging ein Bekennerschreiben mit Bezügen auf die Atomindustrie und frühere Anschläge auf Bahnstrecken ein. Unter der Überschrift "Profiteure angreifen - jederzeit und an jedem Ort" wird neben Energiekonzernen die Deutsche Bahn wegen der Durchführung von Castor-Transporten durch die Bundesrepublik und wegen Uran-Transporten von Gronau (Nordrhein-Westfalen) nach Russland kritisiert. "Deshalb haben wir bundesweit in der Nacht vom 22. November Unternehmen angegriffen, die das ganze Jahr über von der Entwicklung und Unterstützung der Atomtechnologie profitieren". Quelle: Spiegel / Berliner Morgenpost

28.11.2009: Gut 300 Menschen demonstrieren im bayrischen Kulmbach (!) gegen Atomanlagen

7.12. 2009: AktivistInnen des Informationsnetzwerkes Contratom haben das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) besetzt. Sie erkletterten einen Turm auf dem Gelände der Atomanlage und entrollten ein Transparent mit der Aufschrift "Stoppt das dreckige Atomgeschäft!".

Im Dezember: Anlässlich der vorweihnachtlichen Aktionswochen in Hamburg: "Raues Klima für Energiekonzerne, Manager und Helfershelfer" wurde das Haus von Fritz Vahrenholt (RWE) entglast und mit Farbe bedacht, sowie Fahrzeuge der Werbeagentur Jung-von-Matt vor dem Eigenheim von Holger Jung abgebrannt. (Machen die Werbekampagne von RWE). Eine ausführliche Erklärung dieser Aktion dokumentiert die Dezember Ausgabe der Anti-Atom-Aktuell.

Griechenland I: (Quelle: indymedia)

Konstantina Kouneva aus dem Krankenhaus entlassen

Am 23.12.2009 wurde Konstantina Kouneva aus dem Krankenhaus entlassen.
Am 23.12.2009, genau ein Jahr nach dem brutalen Mordanschlag auf die Basisgewerkschafterin, wurde Konstantina Kouneva aus dem Krankenhaus entlassen.
Zur Erinnerung: Während der sozialen Unruhen, die im letzten Jahr nach der Ermordung des 15jährigen Aléxandros Grigorópoulos durch Polizeibeamte, Griechenland erschütterten, versuchten Auftragsschläger die Basisgewerkschafterin K. Kouneva zu ermorden. Auf dem Nachhauseweg von ihrer Arbeit lauerten sie ihr auf, überschütteten sie mit Säure und zwangen sie diese auch zu trinken. Kouneva überlebte schwer verletzt, schwebte wochenlang in Lebensgefahr, hat ein Auge verloren und musste im vergangenen Jahr unzählige Operationen im Gesicht und Organverpflanzungen über sich ergehen lassen. Ein Großteil der benötigten Gelder wurde durch solidarische Menschen und Organisationen - in Deutschland organisiert durch die FAU - aufgebracht. Kouneva ist bulgarische Migrantin, alleinerziehende Mutter und Aktivistin der Basisgewerkschaft der Reinigungskräfte im Großraum Athen (PEKOP). Bekannt für ihre kämpferische Haltung war sie ihrem Arbeitgeber, dem sozialdemokratischen Funktionär Oikonomákis schon lange ein Dorn im Auge.
Trotz ihrer schweren Verletzungen meldete sie sich aus dem Krankenhaus immer wieder zu Wort und machte klar, dass sie ihren Kampf gegen Arbeitgeberwillkür fortsetzen wird. Auch auf Grund dieser kämpferischen Haltung erfuhren selbstbestimmte Arbeitskämpfe im vergangenen Jahr einen enormen Aufschwung. Während sich die staatstragenden Gewerkschaften vornehm zurückhalten, erfahren die Kämpfe der (vor allem migrantischen) Putzfrauen große Solidarität aus der anarchistischen Bewegung und der antiautoritären Linken (siehe www.fau.org). Ziel ist hierbei die komplette Ächtung der Leiharbeit als eine Form des modernen Menschenhandels. Gerade die Niederlassungen von Leiharbeitsfirmen wurden wiederholt Ziel von Anschlägen. Das dieser Kampf noch einen langen Atem verlangt, zeigte Ende November ein erneutes Säure-Attentat, dieses Mal auf Venetía Monalopoúlou, eine Basisgewerkschafterin in Thessaloniki. Ihr Wagen wurde mit Säure überschüttet, was allgemein als Warnung für die Aktivistin verstanden wurde. Weder Kouneva noch Monalopoúlou haben sich einschüchtern lassen. Übernehmen wir in Deutschland die Demo-Parole der griechischen GenossInnen: Konstantina Kouneva, du bist nicht alleine! Kampf gegen Ausbeutung! Kampf gegen die Leiharbeit!



Griechenland II: (Quelle: 8.12.2009, indymedia)

Die Lügen der "freien" Presse

Es ist bekannt, die bürgerliche Presse lügt. Um so mehr, je weniger die Öffentlichkeit auch dank deren "Informationen" über ein bestimmtes Thema weiß. Da über z.B. über Griechenland bei uns recht wenig bekannt ist, machte sich auf "Indymedia" jemand die Mühe, auf ein paar der "krassesten Lügen von Frankfurter Rundschau, Spiegel, Süddeutsche Zeitung, Tagesspiegel u.a." in ihren Online-Artikeln hinzuweisen.

Am 05.12. hieß es zum Beispiel: "Bei einer Razzia im Athener Vorort Keratsini hob die Polizei eine Werkstatt aus, in der Anarchisten Brandbomben herstellten. Gefunden wurden außerdem Molotowcocktails, Beile, Blendgranaten und Gasmasken." Tatsächlich stürmten MAT-Sondereinheiten den anarchistischen Infoladen "resalto" in Keratsini, einem Stadtteil von Piräus, während eines Plenums und nehmen die 23 Anwesenden fest. Gefunden wurden leere Bierflaschen, Werkzeuge, die im letzten Jahr als Souvenir aufgesammelte Hülle einer der von der Polizei tausendfach verschossenen Blendschockgranaten und Gasmasken zum Schutz gegen das Tränengas. Offensichtlich nicht genug für die Richter, denn bereits am 07.12. waren alle 23 Festgenommenen wieder auf freiem Fuß. Das sofort nach dieser Razzia knapp 200 Menschen aus Protest das Rathaus von Keratsini besetzten, das wird in der "freien" Presse nirgendwo erwähnt. Auch nicht, daß es dann gegen den Willen der lokalen Politiker von der Polizei gestürmt und geräumt wurde.

Am 06.12. konnten wir lesen: "300 Randalierer in Athen liefern sich Straßenschlachten mit der Polizei". Tatsächlich verteidigten 3.000 bis 4.000 Leute neunzig Minuten lang den Sammelplatz der bevorstehenden Demonstration in Athen - die also noch nicht einmal begonnen hatte - gegen die ständigen Angriffe der Polizei, die mit Knüppeln, Tränengas und Blendschockgranaten agierten. Für deutsche Journalisten scheint das offensichtlich unvorstellbar zu sein. Und noch unvorstellbarer scheint es für sie zu sein, daß die Demonstranten am Ende siegreich sind und schließlich rund 15.000 Menschen demonstrieren. Diese wurde von der Polizei dann in mehrere Teile zerschlagen, wodurch es überall im Zentrum von Athen zu Auseinandersetzungen kam, an denen sich viele tausend Leute beteiligten und eben nicht nur die von der "freien" Presse kolportierten 300 "Randalierer". Derartiges spielte sich nicht nur in Athen ab, sondern auch in Volos, Xanthi, Iraklion, Agrinio, Patras, Thessaloniki, Korinthos …

Lesen konnte man auch: "Unirektor von Randalierern schwer am Kopf verletzt auf der Intensivstation". Tatsächlich erlitt der Rektor während der verbalen Auseinandersetzung im Rahmen der Uni-Besetzung einen Herz-Kreislauf-Schwächeanfall. Er wurde nicht verletzt und hatte - wie Fotos beweisen - auch nie eine Kopfverletzung.

"Demonstranten reißen Motorradpolizisten am Arm, der darauf die Kontrolle verliert und eine Demonstrantin umfährt." Auch das stellte die Wahrheit auf den Kopf. Die Polizisten der sogenannten Delta-Einheit - eben diese "Motorradpolizisten" - sind berüchtigt für ihre Brutalität. Ein Film auf youtube zeigt z.B., wie diese Staatsdiener mit Vollgas in eine Demonstrantengruppe reinrasen und Aggelikí Koutsoumboú, eine Aktivistin der trotzkistischen EEK, die während der Junta-Zeit im Gefängnis saß, über den Haufen fahren und weitere verletzen.



Nach diesem Muster verfährt die "freie" Presse jedesmal bei Protesten. Nicht nur bei denen in Griechenland. Friedlich demonstrierende Menschen werden solange von der Polizei mit Knüppeln und Tränengas attackiert, bis diese sich wehren. So kommen die bürgerlichen Journalisten zu ihren Schlagzeilen, die dann von den Politikern benützt werden, um schärfere Strafen für die "Randalierer" zu fordern und Gesetze zu "begründen", die sich letztendlich gegen das Versammlungsrecht und die Meinungsfreiheit richten.

Der "Indymedia"-Artikel macht zum Schluß darauf aufmerksam, daß die Demos in Griechenland offensiv geplant seien. Doch um "dumpfes Randalieren" handelt es sich dabei nicht. Der Protest richtet sich bewußt gegen die staatliche Unterdrückung, die Brutalität der Polizei, die solche Dimensionen erreicht haben, die sich viele Menschen in Deutschland einfach nicht vorstellen können. Genausowenig "wie den Widerstandsgeist und die Fähigkeit der Bewegung in Griechenland zum Angriff".

Januar Termine 2010 in der Flora

Samstag, 02.01. 21 Uhr
Konzert: celeste aus lyon, nihilistic hardcore
android empire aus berlin, sludge

Sonntag, 03.01. 14Uhr
Umsonstfest reloaded, diesmal außerdem mit Umsonstkino und anderen Überraschungen. Das Umsonstfest beginnt ca. 14Uhr, wer beim Aufbau mitmachen will, ist ab 12Uhr herzlich willkommen!

Freitag, 08.01. 22.30 Uhr
Soli-Party für Antifa in Hamburg und Russland
Drum&Bass Floor + Dub/Reggae Floor

Samstag, 09.01. 21 Uhr
Party und Kunstausstellung
Error 404 - Going into hell
Goa mit Holingha 13 (live), DJ Blind Fury, DJ Ruf On, DJ KomRa

Mittwoch, 13.01. 19 Uhr
Vollversammlung
Widerstand und Perspektiven der Roten Flora

Mittwoch, 13.01. 22 Uhr
Konzert: "Atlas Losing Grip" - melodischer Hc aus Schweden + "Mr Nice Guy" - Punk Rock aus HH

Donnerstag, 14.01. 20 Uhr
Diskussionsabend zu fundamentalistischen Christen
Mehr Infos zum Themenabend und zu der Gruppe gr.i.p. unter: myspace.com/gr.i.p

Freitag, 15.01. 19.30 Uhr
Konzert: The Taste of Underground Festival & Sampler Release
"Narkolaptic" + "Gottkaiser" +"Orängättäng" + "Disco Oslo"

Samstag, 16.01. 19 Uhr
Anti-Repressionskonzert + Party
Bands: "Zerreisprobe" + "Zehn Meter Feldweg" + "Lumbergh"
Anschließend wird gefeiert mit 90er` Disco.

Sonntag, 17.01. 21 Uhr
Konzert: "Child Abuse" (experimenteller Jazzgrind/Death Metal) New York + Radiator 865 (Hamburg) + eine weitere Band

Montag, 18.01. 21 Uhr
Konzert: "We Are The Union" - Melodischer HC Punk mit Bläsern und einem Schuss Ska aus USA + Support

Freitag, 22.01. 22 Uhr
Soliparty für den Jam-Raum
BigTree Sound & Razov & special guest

Samstag, 23.01. 23 Uhr
Soliparty für das Schall & Rauschfestival 2010
Dark-Special - Schwarzlichttheater mit Musik
Multi Evil (No Comment Rec./Polen)
BioSynthesis (Mighty Quinn Rec./Polen, Mazedonien)
+ weitere Djanes/DJ's

Dienstag, 26.01. 21 Uhr
Konzert: "AFFORMANCE" (instrumental) + "TUMORCHESTER" (Jazz/Punk) + "MONSIOR SCARY" (Noise & Toys)

Samstag, 30.01. 23 Uhr
Party & Konzert
Politsoli für verfolgte Roma
"Balkan Beats"

Regelmässige Termine:
Montag:
Kochsession veganes essen (1.&3.) ab 19 Uhr (essen ab 21 uhr)
offene Motorradwerkstatt-schrauben und klönen ab 18 Uhr
Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18:30-21 Uhr
Archiv der sozialen Bewegungen Tel.433007 15-20 Uhr

Dienstag:
Dubcafé 19-23 Uhr

Mittwoch:
Punk Café ab 19 Uhr

Donnerstag:
Kochkollektiv veganes essen ab 20 Uhr

1. Sonntag im Monat:
Offener Hinterhalt 16-22 Uhr

Regelmässige Termine in der Flora

Montag:
Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr)
Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr
Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr
Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007)
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum

Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr

Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr

Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr